

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Donnerstag, 26. Mai 1988

Nr.101 (5 729)

Preis 3 Kopeken

Neunte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode

Auf dem Kurs der Vertiefung revolutionärer Umwandlungen

Im Vorfeld der XIX. Unionspartei-Konferenz werden die umfassenden Umwandlungen, die sich im Leben des Landes vollziehen, immer sichtbarer. Die radikale Wirtschaftsreform gewinnt an Kraft. Die Demokratisierung und Offenheit erobern immer neue Positionen. Es entfaltet sich die genossenschaftliche Bewegung, die zu einem effektiven Beschleuniger der Umgestaltung wird. Das Gesetz über die Kooperation in der UdSSR, dessen Entwurf auf der neunten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR diskutiert wird, ist berufen, die Leninschen Ideen von der Kooperation mit der Gegenwart zu verbinden, sie mit den Erfahrungen tiefgehender Umwandlungen in der Gesellschaft zu verknüpfen, weiten Raum der größtmöglichen Entwicklung der genossenschaftlichen Bewegung zu bieten und deren gewaltiges Wirtschaftspotential vollständig zu erschließen.

Die Sorge um den Menschen und seinen Wohlstand bildet die Grundlage des Kurses der Partei auf Umgestaltung sämtlicher Lebensbereiche unserer Gesellschaft. Den Deputierten wurden Fragen zur Erörterung unterbreitet, die buchstäblich jede Familie und jeden Sowjetmenschen berühren: Wie die Arbeit der Staats- und Wirtschaftsorgane zur Versorgung der Werktätigen mit Wohnraum effektiver zu gestalten und der Umfang des Baus sozialer und kultureller Einrichtungen zu vergrößern wären. Gerade so ist diese wichtigste soziale Frage vom XXVII. Parteitag gestellt worden, der das konkrete Ziel abgesteckt hat, bis zum Jahr 2000 jede sowjetische Familie mit einer abgeschlossenen Wohnung oder einem Einzelhaus zu versorgen.

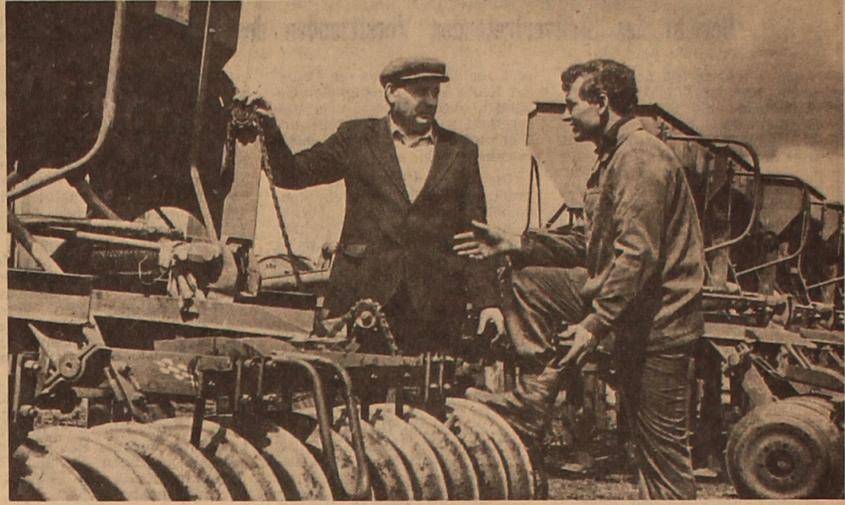
Der Gesetzentwurf über die Kooperation, den wir jetzt erörtern, sieht die Einführung neuer fortschrittlicher Arbeitsformen vor. In unserem Kolchos, der mit Selbstfinanzierung arbeitet, sind der Familien- und der Pachtvertrag entwickelt. Die Vorteile dieser Organisation belegte die Rednerin durch konkrete Zahlen und Fakten. Als Vorsitzende des Gewerkschaftskomitees ging die Rednerin auf eine wichtige Frage ein, die das Recht der Gewerkschaften auf die Kontrolle der Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung betrifft. Das neue Gesetz bewertet, unterstrich sie, daß es an sich noch nicht alle Probleme löst. Dazu sind die Initiative und das Engagement vieler Einrichtungen, zentraler Staatsorgane, der Werktätigen erforderlich.

Der Entwurf des Gesetzes über die Kooperation fand breite gesellschaftliche Resonanz, sagte der Deputierte P. S. Fedirko, Vorstandsvorsitzender des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften. Ein bedeutender Teil der eingelaufenen Vorschläge wird bei der Vorbereitung der Musterstatute der Konsumgenossenschaften und ihrer Verbände ausgenutzt werden, die auf dem fälligen Kongreß der Konsumgenossenschaften erörtert und angenommen werden sollen. Der Redner unterstrich, die Hauptaufgabe sei die Änderung der Arbeitsformen und -methoden sowie des Stils der Leitung von Verbänden auf verschiedener Ebene und ihrer Apparate, einschließlich des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften. Ihre Tätigkeit muß vor allem den Interessen der Grundgenossenschaften — der wichtigsten Einheiten des Konsumgenossenschaftswesens — untergeordnet werden.

Der Vorstandsvorsitzende des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften berichtete darüber, daß im Konsumgenossenschaftswesen gegenwärtig Betriebe neuer Art gegründet werden, die all das aufkaufen, was in den Agrarbetrieben produziert wird; sie verarbeiten diese Erzeugnisse an der Basis und realisieren sie. Die Umgestaltung flößte uns Sicherheit ein und erfüllte das ganze Leben mit neuem Inhalt, sagte der Deputierte M. M. Mirkassymow, Erster Sekretär des Gebietskomitees Choresm der Kommunistischen Partei Usbekistans. Den Gesetzentwurf charakterisierend, betonte der Redner, daß dieser es den Kolchosen z. B. gestattet wird, die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Eigenwirtschaft und Selbstfinanzierung hundertprozentig zu realisieren. Die Parteiorganisationen, die Staats- und Wirtschaftsorgane müssen jetzt viel zur Erläuterung des Wesens des Gesetzes über die Kooperation sowie zur Sicherung eines engen Zusammenhangs der Genossenschaftsbewegung mit den Aufgaben der Umgestaltung leisten.

Der Deputierte G. A. Metonidse, Brigadier der Elektromonteur im Elektrolokomotivwerk „W. I. Lenin“ Tbilissi, sprach in seinem Diskussionsbeitrag davon, daß die Erörterung des Gesetzentwurfes über die Kooperation in der UdSSR durch die Tagung ein weiterer überzeugender Beweis für den Kampf um die Wiederherstellung des Sozialismus Leninscher Prägung sei. Die Volkssprache über dieses Dokument hat den Prozeß der weiteren Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens vertieft und die Möglichkeiten der Organe der Sowjetmacht breiter entfaltet, besonders im Rahmen der Verwirklichung der radikalen ökonomischen Reform. Die Genossenschaftsbewegung in unserer Republik beständig energischer ihre Rechte und überwindet viele Hindernisse, sagte der Diskussionsredner. Er rief dazu auf, das Dokument zu befürworten und brachte darin seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Ergebnisse der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR ihre Beschlüsse ein wichtiges Kettenglied in der Vorbereitung zur bevorstehenden XIX. Unionspartei-Konferenz der KPdSU sein werden.

Der Deputierte J. J. Ruben, Vorsitzender des Ministerrates der Litauischen SSR, stellte fest, daß einige Fragen im Gesetzentwurf nicht ausreichend gelöst wurden. Der Deputierte unterzog die wenig flexible, wie er sich ausdrückte, Politik des Ministerrats für Finanzwesen der UdSSR bezüglich der Besteuerung der Kooperativen einer harten Kritik. Der Diskussionsredner betonte, daß es nicht gerade einfach sein werde, den im Gesetz fixierten Leitsatz über die Freiwilligkeit der Staatsaufträge für landwirtschaftliche Genossenschaften in der Praxis zu verwirklichen. Die Staatsaufträge erwecken bei den meisten Kolchosen den Verdacht, daß gleichzeitig der alte Plan mit Befehlscharakter wieder wirksam wird, sagte er. Der Deputierte schlug vor, im Gesetz Staatsaufträge durch Vereinbarungen zu ersetzen. Das Gesetz, dessen Entwurf vom Obersten Sowjet der UdSSR erörtert wird, ist für das Land nicht von vorübergehender, sondern von strategischer Bedeutung. Der Deputierte J. M. Primakow, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der AdW der UdSSR betonte, dieses Gesetz sei fürwahr durch die Umgestaltung hervorgebracht worden. Lenin nannte die Kooperation nicht umsonst eine breite Straße zum Sozialismus. Das Akademienmitglied ging, wie auch die übrigen Redner, auf die Frage der progressiven Besteuerung ein, die seiner Meinung nach überstürzt und ohne umfassende Diskussion eingeführt wurde. Er befürwortete die Diskussionsbeiträge in der Presse und auf der Tagung, die den Aufruf enthalten, die Einkommensteuersätze zu überprüfen. Zugleich sprach der Redner von der Notwendigkeit einer gleichberechtigten Stellung der genossenschaftlichen und der staatlichen Betriebe bei der materiell-technischen Versorgung. Der Deputierte F. M. Kulkow, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Pensa, äußerte sich für die Annahme des Gesetzes. Er verwies darauf, daß der Entwurf ganz zu Recht den gesamten Komplex von Fragen der Produktionsintensivierung umfaßt. Diesen Gedanken untermauerte der Redner durch konkrete Beispiele aus der Praxis der im Gebiet bestehenden Kooperativen. Sie arbeiten in unterschiedlichen Verhältnissen. Dennoch werden überall greifbare Ergebnisse erzielt, die die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Waren sowie den Ausbau des Dienstleistungsnetzes begünstigen. Unter den vom Redner geäußerten Wünschen gab es auch diesen: Es können und müssen vorübergehende, saisonbedingte Kooperative geschaffen werden, in denen Studenten und Schüler in den Ferien mit Nutzen für sich und die Gesellschaft mitwirken könnten. Der Deputierte N. G. Rachmankulow, Vorsitzender des Kalinin-Kolchos im Rayon Pirowsk der Region Krasnojarsk bezeichnete den Entwurf über die Kooperation in der UdSSR als einen wichtigen Staatsakt. Die Kooperation sollte sich, seines Erachtens, organisch in die vor sich gehende Wirtschaftsreform einfügen und ein zuverlässiges Werkzeug für die Verbesserung der Sachlage in der Volkswirtschaft werden. Der Redner verwies darauf, daß der neue Gesetzentwurf die rechtliche Grundlage der Entwicklung der genossenschaftlichen Demokratie verankert und die Interessen der Kolchos und der anderen Kooperativen verteidigt. Die Praxis zeigt, daß diese Bewegung nach und nach an Schwung gewinnt und sich zur vollwertigen Form der Wirtschaftstätigkeit gestaltet. Allerdings werden dabei nach Ansicht des Abgesandten der Werktätigen der Region Krasnojarsk noch nicht alle Möglichkeiten genutzt. Der Redner schlug vor, das Gesetz über die Kooperation durch die Bestimmung zu ergänzen, laut der die Arbeit der Gaststättenbetriebe sich lediglich auf den Stoff der eigenen Produktion oder auf den auf dem Markt erworbenen basieren soll. Die Verabschiedung des Gesetzes über die Kooperation, sagte der Deputierte J. I. Litwinzew, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Tula, ist eine dringende Notwendigkeit. Der zu erörternde Gesetzentwurf enthält die richtige Schlussfolgerung, daß die sozialistische Kooperation eine sich ständig entwickelnde fortschrittliche Form der gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit darstellt. Die folgerichtige Entfaltung dieser Bewegung läßt die Kooperation zu einem stark verzweigten, mit dem staatlichen Wirtschaftssektor organisch verbundenen System werden. Der Redner veranschaulichte diese Feststellung am Beispiel der Agrar-Industrie-Vereinigung des Gebiets. (Fortsetzung S. 2)



Die Brigade von Alexander Fink führt im sozialistischen Wettbewerb der Ackerbauern des Sowchos „Krasnojarski“, Gebiet Zelinograd und erzielt stets hohe Ergebnisse. Die reichen Arbeitserfahrungen, und Fink steht seinem Kollektiv schon fast 30 Jahre vor, helfen ihm, aus einer beliebigen komplizierten Situation den richtigen Ausweg zu finden. Dieses Jahr ist wettermäßig wiederum nicht günstig. Deshalb wird die vorrangige Aufmerksamkeit bei der begonnenen Frühjahrsbestellung der Arbeitsorganisation geschenkt: Es gilt, sie in der optimalsten Frist durchzuführen. Die Mechanisatoren manövrieren sachkundig mit Technik und lasten sie nötigenfalls auch in mehreren Schichten aus. Unser Bild: Alexander Fink und Mechanisator Alexander Merkel. Foto: Jürgen Witte

Der XIX. Unionspartei-Konferenz entgegen

Wettbewerbsinitiatoren führen Regie

In zahlreichen Werkkollektiven der Republik laufen die Vorbereitungen auf die bevorstehende Unionspartei-Konferenz auf Hochtouren. Arbeitsaktivisten und Wettbewerbsinitiatoren führen dabei Regie. Eine würdige Vorbereitung auf das Parteilabor bedeutet für sie vor allem, dazu mit konkreten Taten und neuen Arbeitserfolgen beizutragen. In der Alma-Ataer Produktionsvereinigung „Kastraktorodetal“ führen seit Jahresbeginn die Kollektive der ersten und zweiten Rohstahlgießerei, der Buntmetallgießerei, der Abteilung für Fertigungsmittel sowie das Kollektiv der Abteilung für Kolbenbolzenfertigung im Wettbewerb zu Ehren der XIX. Unionspartei-Konferenz. Das Arbeitsaufgebot hat die Werksarbeiter zu hohen Leistungen angeregt. Sämtliche Betriebskollektive haben sich Bestwerte als Maßstäbe gesetzt. „Hohe Ergebnisse im sozialistischen Wettbewerb sind nur dann möglich, wenn die Kollektive eigene beste Erfahrungen sowie diejenigen der Nachbarn zum Leitbild ihrer Arbeit machen“, betont der stellvertretende Parteisekretär der ersten Werkgießerei Viktor Heidenreich. „Unsere ständigen Wettbewerbspartner sind die Gleiber der zweiten Werkabteilung, und diesen Umstand halten wir für sehr

wichtig, denn unsere Arbeit ähnelt ja sehr einander. Und wenn wir dann sehen, daß unsere Kollegen hin und wieder etwas besser machen als wir, so wird schnell Schule gemacht, das Neue wird voneinander übernommen und eingeführt. Dies hilft uns beiden, unsere Leistungen ständig zu verbessern. So verfährt man übrigens auch in anderen Arbeitskollektiven.“ Die Wettbewerbsinitiatoren des Betriebs haben sich verpflichtet, die Planaufgaben für 2,5 Jahre zum Tag der Eröffnung des Parteilabors zu erfüllen und darüber hinaus überplanmäßige Erzeugnisse im Werte von 50 000 Rubel an ihre Kooperationspartner zu liefern. Somit sind die Werksarbeiter bestrebt, nicht nur ihren anspruchsvollen Verpflichtungen gerecht zu werden, sondern auch die Vertragsverpflichtungen gegenüber ihren Partnern möglichst rasch einzulösen. Dann werden die Maschinenbaubetriebe und die Landarbeiter die so gefragten Bau- und Ersatzteile in größerem Umfang erhalten. „Mit jedem Tag gewinnt der Wettbewerb an Schwung“, sagt der Leiter der zweiten Gießerei Valentin Milchert. „Das halte ich für besonders wichtig, denn schon im ersten Halbjahr müssen die Werksarbeiter beweisen, daß sie die anspruchsvollen Aufgaben unter den Bedingungen der

wirtschaftlichen Rechnungsführung erfolgreich lösen können. Dieses Halbjahr ist für das ganze Werkkollektiv wie auch für unsere Abteilung eine Art Prüfung, die unser Selbstvertrauen auf die Probe stellt. Mit unseren Wettbewerbsverpflichtungen setzen wir uns das Ziel, größtmöglich zur Realisierung des gesamten Arbeitsprogramms dieses Planjahres beizutragen.“ Dieses Ziel haben sich im Betrieb zwei Werkabteilungen und insgesamt 22 Brigaden gesetzt. 50 Arbeitsaktivisten haben sich vorgenommen, die Parteilabor-Konferenz mit Spitzenleistungen zu ehren. Bereits dieser Tage meldeten der Dreher Schuchrat Mursin, der Fräser Erhard Dyck sowie die Schleifer Alexander Rjadnych und Wladislaw Blaginski die vorfristige Einlösung ihrer Wettbewerbsverpflichtungen. Nur wenige Arbeitstage trennen die Gleiber der zweiten Abteilung von ihrem Wettbewerbsziel. Der Wettbewerb im Betrieb entfaltet sich immer breiter und stärker. Die Werksarbeiter wollen das erste Halbjahr mit guten Arbeitsergebnissen abschließen und so ihren Beitrag zur Erfüllung des gesamten Volkswirtschaftsplans leisten. Robert FRANZ, Korrespondent der „Freundschaft“ Alma-Ata

Grüne Mahd begonnen

Das Kriterium der in der Turkestaner Steppe und im Keles-Tal begonnenen grünen Mahd ist jetzt stets die Qualität. Nicht mehr die Dezilone, sondern die Futterreinheit bestimmt nun die Lohnhöhe der Mitglieder der Sonderbrigaden und Arbeitsgruppen. Das veranlaßt sie, sofort entsprechende Korrekturen in den

ursprünglichen Plänen vorzunehmen. Früher beabsichtigte man, die größte Menge der Grünmasse auf den natürlichen Heuschlägen zu ernten. Doch da jetzt die Qualität ausschlaggebend ist, begannen die Mechanisatoren mehr Beachtung der Steigerung der Hektarerträge der Futterfelder zu schenken. So wollen sie durch

die Reduzierung der Erntefrist und der Bodenbearbeitung nach der Mahd auf den Trockenflächen mit Luzerne noch eine vollwertige Ernte erhalten. Viel Nutzen erhoffen man sich auch von den Stoppelsaaten von Futterkulturen. Infolgedessen wird man im Gebiet zum bevorstehenden Winter zum erstmalig 1 800 000 Tonnen Grobfutter mit einem Nährwert von rund 730 000 Tonnen Futtereinheiten bevorraten.

Pulschlag unserer Heimat

Kirgisische SSR

Tabakfabrik produziert Tee Die Tabakfabrik in der kirgisischen Hauptstadt stellt sich im Statt Zigaretten und Papirossen hat sie die Produktion von Tee mit Heilkräuterezusätzen aufgenommen. Die erste Partie des gesundheitsfördernden Erzeugnisses ist bereits geliefert worden. Die Umprofilierung des Betriebs wurde durch die Reduzierung des Tabakanbaus in der Republik hervorgerufen. Die Jahresproduktion dieser Kultur beträgt gegenwärtig etwa 70 000 Tonnen — zweimal mehr als im vergangenen Planjahr. Der „Tabakboom“ begann, nachdem man den Beschluß über die Steigerung der Produktion von aromatischen Tabaksorten gefaßt hatte. Es ging eben um aromatische Sorten, weil große Partien davon im Ausland gegen Valuta gekauft werden mußten. Es wurden auch gute Erfolge erzielt, so daß man auf den Ankauf großer Mengen dieses Tabaks verzichten konnte. Doch mit der Zeit waren beim Tabakanbau die vernünftigen Grenzen überschritten worden. Deshalb wurde der Beschluß gefaßt, die Tabakanbauflächen nach und nach zu reduzieren und die

Belorussische SSR

Schöpferisches Vorgehen In der alten Stadt Pinsk, Gebiet Brest, ist eine ungewöhnliche Firma entstanden. Das Schild an einem Neubau der Stadt lautet: „Zentrum für wissenschaftlich-technisches Schaffen“. Diesem Ereignis ging die Wahl des Direktors der Firma voraus: Sechs junge Ingenieure hatten sich erboten, die Bewegung der Vorkämpfer des wissenschaftlich-technischen Schaffens in der Stadt mit einer sich engstem entwickelnden Industrie anzuleiten. Sie machten sichere Vorschläge für die Lösung der vom Koordinationsrat genannten Probleme. Nach der Abstimmung wurde A. Parmon, Mitarbeiter der Produktionsvereinigung „Kuslitsch“, Direktor. Er hatte sich schon in vielen Betrieben als sachkundiger Organisator provisorischer schöpferischer Kollektive bewährt und unterbreitete ein exaktes Programm für die Tätigkeit der Firma: Eine Ideenbank zu schaffen, rascher neue Technologien und Entwicklungen in die Produktion einzuführen, begabte Konstrukteure, Ingenieure und Rationalisatoren zu vereinen. Das Zentrum arbeitet mit voller wirtschaftlicher Rechnungsführung.

Ukrainische SSR

Neue Asphaltiermaschine In nichts stehen den ausländischen Analoga die neuen Asphaltiermaschinen DS 143 nach, deren Serienfertigung im Werk „Dormaschira“ aufgenommen worden ist. Die ersten Partien hat man an die Straßenbauer des Fernen Ostens und Armeniens abgefertigt. Die mit Elektronik und Automatik versehene Maschine verlegt pro Stunde bis 170 Tonnen Asphalt, wodurch sich eine 4,5 Meter breite Decke bildet. Diese Maschine hat eine höhere Geschwindigkeit als ihre Vorgänger, was für die schnelle Repa-

Im Unionssovjat

Um 15 Uhr am 24. Mai begann im Sitzungssaal der Kammern die erste Sitzung des Unionssovjats.

Mit Befall begrüßten die Deputierten und Gäste die Genossen: M. S. Gorbatschow, V. I. Worotnikow, A. A. Gromyko, L. N. Salkow, J. K. Ligatschow, N. I. Ryschkow, M. S. Solomenzew, W. W. Schtscherbizki, P. N. Demitschew, W. I. Dolgich, G. P. Rasumowski, J. F. Solowjow, N. W. Talsyn, O. D. Baklanow und I. W. Kapitunow. Die Sitzung wurde vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Unionssovjats B. J. Paton eröffnet.

Mit einer Schwelgemünte ehrten die Sitzungsteilnehmer das Andenken der Deputierten, die in der Zeit nach der achten Tagung verschieden waren. Das Wort wird dem Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretär des ZK der KPdSU, Deputierten G. P. Rasumowski erteilt.

L. N. Tolkunow, der auf der ersten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode zum Vorsitzenden des Unionssovjats gewählt wurde, sagte der Redner, hat, ihm im Zusammenhang mit seiner Pensionierung und aus Gesundheitsgründen dieses Amtes zu entheben. Im Auftrag des Ältestenrates des Unionssovjats unterbreite ich Ihnen den Vorschlag, der Bitte L. N. Tolkunows stattzugeben und ihn seines Amtes als Vorsitzender des Unionssovjats zu entheben.

Es wird vorgeschlagen, J. N. Christoradnow, den Deputierten vom Lenin-Wahlkreis im Gebiet Gorki, zum Vorsitzenden des Unionssovjats zu wählen. Genosse Christoradnow hat große Erfahrungen in der Parteiarbeit. Ist seit 1974 Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Gorki. Er ist Mitglied des ZK der KPdSU und wurde zum Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR der neunten und der zehnten Legislaturperiode gewählt.

Es wird vorgeschlagen, P. M. Norejka, den Deputierten vom Wahlkreis Altius und Direktor des Litauischen Oberlandkraftwerks „W. I. Lenin“, zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Unionssovjats zu wählen. Diese Vorschläge wurden vom Ältestenrat des Unionssovjats gebilligt.

Die Sitzungsteilnehmer wählten J. N. Christoradnow einstimmig zum Vorsitzenden des Unionssovjats und den Deputierten P. M. Norejka zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Unionssovjats. L. N. Tolkunow wurde seines Amtes als Vorsitzender des Unionssovjats entoben.

Im weiteren präsiidierte auf der Sitzung J. N. Christoradnow. Zum Bericht der Mandatskommission über die Prüfung der Vollmachten der neugewählten Deputierten wurde ein entsprechender Beschluß gefaßt.

Erörtert wurden die Vorschläge über die Veränderungen der Zusammensetzung einiger ständiger Kommissionen der Kammern. Über diese Frage wurde ein Beschluß gefaßt. Danach gingen die Deputierten an die Erörterung des Gesetzentwurfes über die Kooperation in der UdSSR.

Die Menschen sehen in der Entwicklung der Genossenschaftsbewegung Möglichkeiten zur weitgehenden Offenbarung ihrer Initiative und ihres Schöpferpotentials, eine Form des Kampfes gegen Herumadministrieren und Bürokratismus, sagte der Deputierte W. P. Orlow, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR, bei der Eröffnung der Diskussion. In der Republik gibt es gegenwärtig über 9 000 Genossenschaften, in denen 107 000 Personen beschäftigt sind. Das Volumen der er-

zeugten Produktion und der erbrachten Dienstleistungen belief sich im vorigen Jahr auf rund 170 Millionen Rubel. Das Ausmaß der genossenschaftlichen Tätigkeit ist noch bescheiden. In einer Reihe von Regionen und Gebieten werden keine normalen Bedingungen dazu geschaffen, mehr noch, es werden Hindernisse verschiedener Art in den Weg gestellt, ungesetzliche Verbote und Einschränkungen eingeführt. All das muß geändert werden. Unvollkommen ist nach der Meinung des Redners auch die Gesetzgebung, die die Fragen der Gründung von Genossenschaften und der Gestaltung ihrer Arbeit regelt.

Der Redner ging auf die Rolle der Sowjets bei der Entwicklung und Steigerung der Effektivität der Genossenschaften ein. Ein bedeutender Teil seiner Ansprache galt der Bedeutung des Konsumgenossenschaftswesens bei der Lösung des Lebensmittelproblems. Der Entwurf des Gesetzes über die Kooperation rief in der Republik großes Interesse hervor, sagte der Deputierte J. A. Kolomlez, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Ukrainischen SSR und Vorsitzender des Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees der Republik.

Er berichtete darüber, wie aktiv und engagiert die Werktätigen der Republik diese Gesetzgebungsakte diskutierten. Ihre Meinung ist einheitlich: Das Gesetz muß ohne Verzögerung in Kraft treten und zu einem mächtigen Beschleuniger bei der Entwicklung der sowjetischen Ökonomik und der Steigerung des Wohlstands der Sowjetmenschen werden.

Das Gesetz ist selbstverständlich berufen, die gewaltigen Potenzen des Genossenschaftswesens aufzuzeigen und der Kolchosbewegung einen neuen Ansporn zu verleihen. In der Genossenschaftsbewegung, betonte er, erstarkt bei den Menschen rasch das Bewußtsein, Herr in ihrem Arbeitsbereich zu sein. Doch in der Arbeit der Genossenschaften gibt es noch viele Probleme. Die Genossenschaften brauchen Unterstützung und Hilfe. Der Deputierte gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Genossenschaftsbewegung die ihr so notwendige allseitige Unterstützung bekommen wird.

Für die sozialökonomische Entwicklung unseres Gebiets, wo in den letzten Jahren das Wachstum der Produktivkräfte künstlich gehemmt wurde, wo Kriecherei, Liebedienerei, Korruption und Protektionismus zu tiefe Wurzeln geschlagen haben, ist der Gesetzentwurf über die Kooperation von großer Bedeutung, sagte der Erste Sekretär des Tschimkenters Gebietskomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans K. Ch. Tjulebekow. Das Volk unterstützt entschieden den frischen Wind der Wandlungen.

Der Redner stellte fest, daß dank der Genossenschaftsbewegung einige Waren in den Verkauf gelangt sind, nach denen die Menschen erfolglos im Staatshandel suchten, daß neue Cafes eröffnet und daß das Sortiment der Dienstleistungen erweitert wurden. Die Genossenschaften fügen sich natürlich in die Wirtschaftsstruktur verschiedener Volkswirtschaftszweige ein.

Der Umgestaltungsprozeß wird zum Sinn des Lebens der Werktätigen der Landwirtschaft, sagte von der Tribüne aus die Deputierte J. N. Ignatjuk, Vorsitzende des Gewerkschaftskomitees im Kolchos „Pobeda“, Rayon Kobrin, Gebiet Brest. Wir gewinnen zurück das Gefühl, Herr über unseren Boden zu sein sowie die Möglichkeit, über ihn, über die Technik und über unsere Arbeitsergebnisse selbst zu entscheiden.

Der Deputierte J. J. Ruben, Vorsitzender des Ministerrates der Litauischen SSR, stellte fest, daß einige Fragen im Gesetzentwurf nicht ausreichend gelöst wurden. Der Deputierte unterzog die wenig flexible, wie er sich ausdrückte, Politik des Ministerrats für Finanzwesen der UdSSR bezüglich der Besteuerung der Kooperativen einer harten Kritik. Der Diskussionsredner betonte,

daß es nicht gerade einfach sein werde, den im Gesetz fixierten Leitsatz über die Freiwilligkeit der Staatsaufträge für landwirtschaftliche Genossenschaften in der Praxis zu verwirklichen. Die Staatsaufträge erwecken bei den meisten Kolchosen den Verdacht, daß gleichzeitig der alte Plan mit Befehlscharakter wieder wirksam wird, sagte er. Der Deputierte schlug vor, im Gesetz Staatsaufträge durch Vereinbarungen zu ersetzen. Das Gesetz, dessen Entwurf vom Obersten Sowjet der UdSSR erörtert wird, ist für das Land nicht von vorübergehender, sondern von strategischer Bedeutung. Der Deputierte J. M. Primakow, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der AdW der UdSSR betonte, dieses Gesetz sei fürwahr durch die Umgestaltung hervorgebracht worden. Lenin nannte die Kooperation nicht umsonst eine breite Straße zum Sozialismus. Das Akademienmitglied ging, wie auch die übrigen Redner, auf die Frage der progressiven Besteuerung ein, die seiner Meinung nach überstürzt und ohne umfassende Diskussion eingeführt wurde. Er befürwortete die Diskussionsbeiträge in der Presse und auf der Tagung, die den Aufruf enthalten, die Einkommensteuersätze zu überprüfen. Zugleich sprach der Redner von der Notwendigkeit einer gleichberechtigten Stellung der genossenschaftlichen und der staatlichen Betriebe bei der materiell-technischen Versorgung. Der Deputierte F. M. Kulkow, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Pensa, äußerte sich für die Annahme des Gesetzes. Er verwies darauf, daß der Entwurf ganz zu Recht den gesamten Komplex von Fragen der Produktionsintensivierung umfaßt. Diesen Gedanken untermauerte der Redner durch konkrete Beispiele aus der Praxis der im Gebiet bestehenden Kooperativen. Sie arbeiten in unterschiedlichen Verhältnissen. Dennoch werden überall greifbare Ergebnisse erzielt, die die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Waren sowie den Ausbau des Dienstleistungsnetzes begünstigen. Unter den vom Redner geäußerten Wünschen gab es auch diesen: Es können und müssen vorübergehende, saisonbedingte Kooperative geschaffen werden, in denen Studenten und Schüler in den Ferien mit Nutzen für sich und die Gesellschaft mitwirken könnten. Der Deputierte N. G. Rachmankulow, Vorsitzender des Kalinin-Kolchos im Rayon Pirowsk der Region Krasnojarsk bezeichnete den Entwurf über die Kooperation in der UdSSR als einen wichtigen Staatsakt. Die Kooperation sollte sich, seines Erachtens, organisch in die vor sich gehende Wirtschaftsreform einfügen und ein zuverlässiges Werkzeug für die Verbesserung der Sachlage in der Volkswirtschaft werden. Der Redner verwies darauf, daß der neue Gesetzentwurf die rechtliche Grundlage der Entwicklung der genossenschaftlichen Demokratie verankert und die Interessen der Kolchos und der anderen Kooperativen verteidigt. Die Praxis zeigt, daß diese Bewegung nach und nach an Schwung gewinnt und sich zur vollwertigen Form der Wirtschaftstätigkeit gestaltet. Allerdings werden dabei nach Ansicht des Abgesandten der Werktätigen der Region Krasnojarsk noch nicht alle Möglichkeiten genutzt. Der Redner schlug vor, das Gesetz über die Kooperation durch die Bestimmung zu ergänzen, laut der die Arbeit der Gaststättenbetriebe sich lediglich auf den Stoff der eigenen Produktion oder auf den auf dem Markt erworbenen basieren soll. Die Verabschiedung des Gesetzes über die Kooperation, sagte der Deputierte J. I. Litwinzew, Erster Sekretär des Gebietspartei-Komitees Tula, ist eine dringende Notwendigkeit. Der zu erörternde Gesetzentwurf enthält die richtige Schlussfolgerung, daß die sozialistische Kooperation eine sich ständig entwickelnde fortschrittliche Form der gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit darstellt. Die folgerichtige Entfaltung dieser Bewegung läßt die Kooperation zu einem stark verzweigten, mit dem staatlichen Wirtschaftssektor organisch verbundenen System werden. Der Redner veranschaulichte diese Feststellung am Beispiel der Agrar-Industrie-Vereinigung des Gebiets. (Fortsetzung S. 2)

Neunte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode

Über die Arbeit der Staats- und Wirtschaftsorgane zur Realisierung des Programms des Baus von Wohnungen, sozialen und kulturellen Einrichtungen im Sinne der Beschlüsse des XXVII. Parteitag der KPdSU

Bericht des Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Vorsitzenden des Staatlichen Komitees der UdSSR für Bauwesen Deputierten J. P. BATALIN

Die Fürsorge um den Menschen, um das Wachstum seines Wohlstands, die Schaffung von Bedingungen für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit sind der höchste Sinn und die Grundlage des Kurses der Partei auf Umgestaltung in sämtlichen Lebensbereichen der Gesellschaft, sagte er. Das ist zugleich ein effektives Mittel zur Steigerung der Arbeits- und gesellschaftlich-politischen Aktivität der Menschen.

Die Werktätigen verspüren die ausgeprägte soziale Politik vorwiegend über die Einzugsfeste in bequemen Häusern und Wohnungen, über die Lösung des Problems der Kindergärten, über die Erweiterung der Möglichkeiten zur mannigfaltigen Freizeitgestaltung und Aufbesserung der Gesundheit. Die wichtigsten Zielsetzungen in diesem Bereich und vor allem die Aufgabe — bis zum Jahr 2000 jede sowjetische Familie mit einer abgeschlossenen Wohnung oder mit einem Einzelhaus zu versorgen — sind vom XXVII. Parteitag der KPdSU festgelegt worden. Durch die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPdSU und der Regierung konnten die wichtigsten Bestimmungen und konkreten Maßnahmen zur Erfüllung der gestellten Aufgaben formuliert werden.

Die Arbeit zu ihrer Realisierung ist nun entfaltet. Die Erörterung der Probleme des Baus von Wohnungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen im Vorfeld der XIX. Unionspartei-Konferenz auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR wird es ermöglichen, der ganzen in Angriff genommenen Arbeit neue Impulse und einen wahrhaft volkwirtschaftlichen Charakter zu verleihen. In den Jahren der Sowjetmacht ist ein umfassendes Programm des Wohnungsbaus realisiert worden. Gegenwärtig beträgt der Wohnraumbestand des Landes 4,3 Milliarden Quadratmeter.

In zügigem Tempo wurde der Wohnungsbau in der zweiten Hälfte der 50er und in den 60er Jahren verwirklicht. In dieser Zeit behauptete unser Land führende Positionen in der Welt beim Zugang an Wohnraum pro Kopf der Bevölkerung.

Doch die für die 70er und Anfang der 80er Jahre kennzeichnenden Stagnationserscheinungen offenbarten sich in vollem Maße auch im Wohnungsbau. Die Mittel für die Entwicklung des sozialen Bereichs wurden nach dem Restprinzip bewilligt. Infolgedessen blieb der Zugang an Gesamtwohnfläche praktisch auf demselben Niveau im Laufe von vier Fünfjahrplanperioden, und der Zugang an Wohnungen pro 1000 Personen verringerte sich von 12 im Jahre 1960 auf 7 im Jahre 1985.

Gegenwärtig wohnt in den Städten etwa 15 Prozent der Bevölkerung in Kommunalwohnungen; rund 10 Prozent der städtischen und in mehr als zwei Dritteln der ländlichen Wohnungen fehlt der nötige Komfort, 60 Millionen Quadratmeter Wohnraum sind baufällig.

Aus Mangel an Schulen lernen fast 25 Prozent der Schüler in zweiter und sogar in dritter Schicht. Plätze in Vorschuleinrichtungen haben nur 60 Pro-

zent der Kinder. Etwa ein Drittel der Klubs ist in ungeeigneten Gebäuden untergebracht. Die Versorgung mit Gaststätten- und Dienstleistungsbetrieben hinkt ernsthaft nach.

Die Versorgung mit Wohnraum und das Niveau der kommunalwirtschaftlichen Dienstleistungen ist sehr unterschiedlich nach Regionen des Landes. Das trifft zu sowohl auf einzelne Republiken als auch auf die Regionen und Gebiete der Russischen Föderation.

Infolge der nichtkomplexen Bebauung der Städte und Dörfer ist in den letzten Planjahrfünften die Lösung vieler wichtiger sozialer Aufgaben verlangsamt worden, die mit der Erziehung der heranwachsenden Generation, der Kräftigung der Gesundheit, der dienstleistungsmäßigen Betreuung der Bevölkerung und mit deren Freizeitgestaltung verbunden sind. Es sind ernsthafte Maßnahmen zur Verbesserung des Zustands der Kommunalwirtschaft notwendig.

Der Bebauung vieler Städte und Dörfer fehlt die Ausdruckskraft, sie ist eintönig. Häufig berücksichtigen das architektonische Aussehen und die Planung von Wohnhäusern und Verwaltungsgebäuden nicht die demographischen und nationalen Lebensbesonderheiten sowie die natürlichen und klimatischen Verhältnisse der Baugenden. Die Qualität des zivilen Bauwesens, so stellte der Redner fest, bleibt größtenteils niedrig.

Nach dem Aprilplenum des ZK von 1985 nahm die Partei Kurs auf eine beschleunigte Entwicklung der materiellen Grundlagedes sozialen Bereichs. Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR sah vor, im zwölften Planjahr fünf 565 bis 570 Millionen Quadratmeter Gesamtwohnraum in Nutzung zu geben.

Jedoch angesichts des akuten Charakters des Wohnungsproblems und der strikten Versorgung jeder Familie bis zum Jahr 2000 mit einer abgeschlossenen Wohnung oder einem Einzelhaus haben das Zentralkomitee der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR im April 1987 den Beschluss gefasst, in der laufenden Planperiode nicht weniger als 630 Millionen Quadratmeter Wohnfläche zu bauen. Es ist geplant worden, mehr Schulen, Krankenhäuser, Polikliniken, Klubs, Kulturhäuser und Filmtheater zu bauen, als die Fünfjahrpläne es vorsehen, sowie die Termine ihrer Bereitstellung näherzurücken.

Zu diesem Zweck wurde beschlossen, in den Jahren 1988 bis 1990 für den Bau von Wohnhäusern und anderen Objekten des sozialen und kulturellen Bereichs zusätzlich mindestens 10 Prozent der für den Bau von Produktionsobjekten bestimmten Investitionen zu bewilligen.

Beschlossen wurden Maßnahmen zur Entwicklung der Kommunalwirtschaft, zur Verbesserung der ingenieur-technischen Gestaltung der Städte und Dörfer, zur Rekonstruktion und Erweiterung der Systeme der Wasser- und Wärmeversorgung, Kanalisation und zur Erhöhung ihrer Betriebszuverlässigkeit. Geplant ist die Übergabe von Betrieben für Verarbeitung und Verbrennung fester Abfallstoffe. Es

ist geplant, das Netz des Stadtverkehrs zu entwickeln und neue U-Bahn-Linien zu bauen.

In rascherem Tempo sollen der Wohnungsbau und die Entwicklung des sozialen und kulturellen Bereichs auf dem Lande erfolgen. Bei der Aufstellung des Plans für das laufende Planjahr fünf wurde fast der gesamte Zuwachs an Investitionen in den Agrar-Industrie-Komplex für die Entwicklung des sozialen und kulturellen Bereichs des Dorfes bewilligt. Zu diesem Zweck werden über 80 Milliarden Rubel — 1,4mal mehr als im elften Planjahr fünf — bereitgestellt.

Es ist vorgesehen, etwa 230 Millionen Quadratmeter Wohnraum zu übergeben. Bedeutend zunehmen wird der Bau von Vorschuleinrichtungen, Schulen, Polikliniken, Klubs und Objekten der Kommunalwirtschaft.

Praktisch überall erhöht sich die Aufmerksamkeit gegenüber der Entwicklung der sozialen Infrastruktur. Und das nicht von ungefähr. Die strikte Erfüllung der Programmforderung der Partei, jede Sowjetfamilie bis zum Jahr 2000 mit abgeschlossener Wohnung oder einem Einzelhaus zu versorgen, ist eine Aufgabe von besonderer politischer Bedeutung.

Auf welches Ausmaß soll man sich im Wohnungsbau in den 90er Jahren orientieren? Ausgehend von der Prognose der Bevölkerungszahl, von der Zahl und der Zusammensetzung der Familien sowie von anderen Faktoren, gilt es, in drei Fünfjahrplänen 36 Millionen Wohnungen — 2,4 Milliarden Quadratmeter Wohnraum — zu bauen, damit im Jahre 2000 praktisch jede sowjetische Familie eine abgeschlossene Wohnung oder ein Einzelhaus besitzt. Im dreizehnten Planjahr fünf werden 800 und im vierzehnten 900 Millionen Quadratmeter erforderlich sein.

Gerade auf solch ein Ausmaß muß die Entwicklung der materiell-technischen Baubasis orientiert werden, sagte der Berichterstatter. Um die Pläne im Wohnungsbau in allen Republiken, Regionen und Gebieten zu verwirklichen, müssen Zielprogramme bestätigt werden, und die Präsidien der Obersten Sowjets der Republiken müssen die Realisierung dieser Programme unter ihre Kontrolle nehmen.

Im weiteren betonte der Berichterstatter, daß 1987 gegenüber dem letzten Jahr des elften Planjahr fünf wie folgt mehr gebaut wurde: Wohnraum — um 14 Prozent, Schulen — um 27, Vorschuleinrichtungen — um 16, Polikliniken — um 33, Krankenhäuser — um 17, Berufsschulen und Klubs — 1,7mal mehr. Erfüllt wurde das Programm für zwei Jahre im Bau von Wohnungen, Vorschuleinrichtungen, Schulen, Berufsschulen, Krankenhäusern und Polikliniken in der Ukraine, in Belorussland, Litauen, Estland, Lettland und Kirgisien.

Diese positiven Wandlungen sind dank den Bemühungen der Zentral-, Republik-, der örtlichen Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane sowie der Arbeitskollektive im Zuge der beträchtlichen Erweiterung des Umfangs der Bau- und Montagearbeiten und der Vergrößerung der Produktion von Baumaterialien eingetreten.

Zugleich sind die Aufgaben beim Bau von Wohnungen und anderen Objekten des sozialen Bereichs infolge der ungenügenden Beachtung dieser Fragen seitens der örtlichen Sowjets und der Wirtschaftsorgane in einer Reihe von Republiken, Regionen und Gebieten der Russischen Föderation unbefriedigend erfüllt worden. Unbefriedigend erfolgt der Bau von Wohnungen und sozialen Objekten in Georgien, Armenien, Tadshikistan und Moldawien. In diesem Jahr verbessert sich die Situation in diesen Republiken etwas, es ist aber noch zu früh, von einem radikalen Umschwung zu sprechen.

Im weiteren sprach der Berichterstatter darüber, was die Effektivität der Arbeit herabsetzt. Wohnungen und soziale Objekte, sagte er, werden in den meisten Unions- und autonomen Republiken, Regionen und Gebieten ungleichmäßig gebaut. Besonders aktuell ist jetzt die Frage der Bauqualität.

Seit Beginn dieses Jahres ist in zwanzig Städten unseres Landes die staatliche Abnahme von Wohnhäusern eingeführt worden. Ihre ersten Ergebnisse haben vor Augen geführt, daß positive Resultate dort erzielt worden sind, wo Fragen der Qualität ständige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Eine hohe Bauqualität kann nur dann gesichert werden, wenn die Qualität der Baumaterialien und der Erzeugnisse entsprechend hoch ist. Daher wurde in 69 Großplattenbaubetrieben sowie in 77 Betrieben der Baustoffindustrie ab 1. Januar 1988 die staatliche Gütekontrolle eingeführt.

Die Arbeit der Betriebe mit staatlicher Gütekontrolle im vergangenen Zeitraum weist nach, daß die Qualität ihrer Erzeugnisse merklich gestiegen ist.

Die sowjetischen Menschen sind sich darin einig, daß der Bau von Wohnhäusern, Schulen, Vorschuleinrichtungen, Krankenhäusern, Klubs und anderen Kultur- und Sozialobjekten heute ein Anliegen von erstrangiger sozialpolitischer Bedeutung ist. Das erfordert die Mobilisierung sämtlicher verfügbarer Mittel und Möglichkeiten sowie die vorrangige Ressourcenzuweisung für diese Zwecke.

In den meisten Regionen sind Zielprogramme für den Wohnungsbau ausgearbeitet worden. Um diese zu realisieren, wurde vorgesehen, die Fonds der Betriebe und der Kolchose, aber auch die Mittel der Bevölkerung neben den zentralen Investitionen umfassend zu nutzen.

Es sei jedoch offen gesagt, führte der Redner weiter aus, daß die konsumenterhaltende Einstellung in vielen Fällen noch nicht überwunden wurde. In einigen Staats- und Wirtschaftsorganen, Betrieben und Organisationen bemüht man sich auch weiterhin um den Empfang zusätzlicher zentraler Investitionen. Dabei sollten die Betriebe und Einrichtungen ihr Augenmerk unter den Bedingungen der Wirtschaftsreform und der Umstellung auf volle wirtschaftliche Rechnungsführung und Selbstfinanzierung vor allem auf die Steigerung der Arbeitseffektivität und somit die Gewinnung zusätzlicher Mittel für die Lösung ihrer sozialen Probleme richten.

Es wurde darauf verwiesen, daß viele örtlichen Sowjets, Betriebe und Organisationen keine wirksamen Maßnahmen ergreifen, um die Mittel der Bevölkerung umfassender in den Wohnungsbau einzubeziehen. Einige Ministerien haben es nicht gewährt, daß die aufgrund der Reduzierung des Produktionsbaus um 10 Prozent erhaltenen zusätzlichen Investitionen für den Sozialbau bereitgestellt wurden. Und eine Reihe von Ministerien läßt sich beim Bau von Produktionsobjekten weiterhin von augenblicklichen Interessen leiten. Dabei sind sie bemüht, auf Kosten von Wohnhäusern, sozialen und kulturellen Einrichtungen zu sparen.

Im weiteren enthält der Bericht eine eingehende Analyse der Wege zur Verstärkung des komplexen Charakters der Bebauung. Im Hinblick darauf gewinnt eine gute Organisation der Dienste eines einheitlichen Auftraggebers besonders an Bedeutung.

Hervorgehoben wurden im Bericht die Probleme der Arbeitsorganisation der Bauschaffenden. Erfahrungen zeigen: Dort, wo der kollektive Leistungsvertrag ernst genommen wird, wo man zum zweiten Modell der wirtschaftlichen Rechnungsführung übergeht und dessen Prinzipien den Grundzügen der Arbeitskollektive nahebringt, wächst die Zahl der übergebenen Wohnhäuser, sozialer und kultureller Einrichtungen sprunghaft an, werden aufgrund der Ökonomie zusätzliche materielle Ressourcen ermittelt. Dennoch werden die Möglichkeiten der neuen Methoden der Bauarbeit einstellend noch gar nicht genügend ausgeschöpft.

Die Produktionsergebnisse hängen direkt von den Arbeits- und Lebensbedingungen der Bauarbeiter, von ihrer Qualifizierung sowie davon ab, wie sie mit Wohnungen und Sozialeinrichtungen versorgt sind. Vorläufig gibt es hierbei zahlreiche ungelöste Probleme. Die Bauorganisationen müssen die Arbeit zur sozialen Entwicklung der Kollektive drastisch aktivieren. Eine wirkliche Hilfe haben ihnen die örtlichen Staats- und Parteiorgane zu erweisen.

Die Lösung des Wohnungsproblems erfolgte längere Zeit hauptsächlich auf Kosten staatlicher Mittel. Zugleich wurde dem Individuellen und dem genossenschaftlichen Wohnungsbau nicht die erwünschte Beachtung gewidmet.

Die Erweiterung des individuellen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus ist gleichzeitig eine der Schlüsselfragen zur Lösung des Wohnungsproblems, betonte der Redner danach. Er ging ausführlich auf die Entwicklungswege des individuellen Wohnungsbaus ein und hob hervor, daß der Beschluß über die beschleunigte Entwicklung des individuellen Wohnungsbaus, der vor kurzem vom ZK der Partei und Regierung angenommen wurde, nicht nur die ungerechtfertigten Begrenzungen liquidiert, sondern auch eine allseitige Unterstützung der individuellen Bauteilnehmer vorsieht. Es müssen Maßnahmen eingeleitet werden, um bis zum Ende der Fünfjahrplanperiode den Umfang des in-

dividuellen Wohnungsbaus mindestens zu verdoppeln.

In den großen und mittleren Städten muß das Genossenschaftsbauwesen zu einer wichtigen Richtung werden. Es muß angestrebt werden, daß bereits in der gegenwärtigen Fünfjahrplanperiode weitgehend alle Interessen einer Arbeiterwohnungsbaugesellschaft betreten können.

Die individuelle und genossenschaftliche Bautätigkeit ist eine gewaltige Reserve bei der Beschleunigung der Lösung des Wohnungsproblems. Es ist vorrangig die Aufgabe der örtlichen staatlichen und Wirtschaftsorgane, diesen allseitig zu nutzen. Weiter ging der Redner auf so wichtige Fragen ein, wie die Versorgung junger Familien mit Wohnungen, auf Maßnahmen, die das Wachstum der Kosten des Wohnraums verhindern sollen. Bei der Aufstockung des Umfangs des Wohnungsbaus darf man die Pflege des bestehenden Wohnungsfonds nicht vernachlässigen.

Es ist notwendig, eine grundlegende Verbesserung in der Kommunalphase herbeizuführen. Die Kollektive der Betriebe und die Bevölkerung müssen in breitem Maße zur Erhaltung und zur murgestützten Instandhaltung der Wohnhäuser, der Objekte der Kommunalwirtschaft und sozialer Einrichtungen, zur Begrünung und Verschönerung der Städte herangezogen werden.

Die Fragen der Entwicklung der materiell-technischen Basis im Bauwesen wurden tiefgründig analysiert. In den letzten 10 bis 12 Jahren war sie praktisch nicht entwickelt worden, und zu Beginn der Fünfjahrplanperiode wurde sich, daß sie den Aufgaben, die die wachsenden Maßstäbe im Bauwesen stellen, vollständig unvorberichtet gegenüberstand. Deshalb entstand die Notwendigkeit, bereits im Verlaufe der Fünfjahrplanperiode die beschleunigte Entwicklung der materiell-technischen Basis des Bauwesens abzusichern. 1987 wurde ein Paket von entsprechenden Beschlüssen des Ministerrates der UdSSR verabschiedet. Vorgesehen sind die Steigerung der Kapazität der Zementproduktion, die Schaffung neuer Spezialzweige für den Großplattenbau, die Erhöhung des Niveaus der Industrialisierung, des Baus von Sozialeinrichtungen, eine bedeutende Steigerung der Produktion von Ziegelsteinen, Wandröhrenblöcken, Keramik und anderen lokal vorhandenen Materialien.

Die Lage bei der materiellen Versorgung bleibt in allen Bereichen des Bauwesens angehängt. Es wurde unter anderem festgestellt, daß die bilanzielle Investitionsbasis und der Materialressourcen nicht ohne ernsthafte Maßnahmen zur Ressourceneinsparung gewährleistet werden kann. In allen Ministerien, zentralen Staatsorganen und Bauorganisationen wurden Programme zur Einsparung erarbeitet. Aber sie werden nicht überall erfüllt. Die fortschrittlichen Erfahrungen und Errungenschaften von Wissenschaft und Technik werden nicht genügend genutzt. Die innerbetriebliche wirtschaftliche Rechnungsführung und das Schecksystem zur Erfassung der Ausgaben müssen aktiver angewendet werden. Die Entwicklung

des Großhandels ist ein wichtiges Mittel, um die bilanzielle Ausgeglichenheit des Bauwesens mit den materiell-technischen Ressourcen und einen gleichmäßigen Lieferrhythmus zu erreichen.

Die Umgestaltung in unserem Land sieht eine Erhöhung der Rolle der Ministerräte der Unionsrepubliken und der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten bei der Leitung des gesamten sozialen und kulturellen Aufbaus im entsprechenden Territorium vor. Die Pläne des Baus von Wohnungen und sozialen Objekten werden jetzt aus allen Finanzierungsquellen und unabhängig von der administrativen Unterstellung an der Basis aufgestellt.

Diese wichtigen Maßnahmen der realen Erweiterung der Rechte und der Verantwortung der örtlichen Organe für die soziale Entwicklung bestehen schon zwei Jahre. Nicht überall ist es gelungen, sie in vollem Maße zu realisieren. Der größte Widerspruch besteht darin, daß die eventuelle Finanzierung des Baus von Objekten für nichtproduktive Zwecke sowie die Kapazitäten der Baubetriebe in einer Reihe von Regionen es ermöglichen, mehr zu tun, als es im Fünfjahrplan vorgesehen war, doch die Begrenzer sind die materiellen Ressourcen.

Es ist wohl zweckmäßig, beginnend mit der Aufstellung des Plans für 1989, den Republiken Möglichkeiten zu bieten, Programme des Wohnungsbaus mit Überbietung von Fünfjahrplänen unter der Voraussetzung anzunehmen, daß der zusätzliche Bedarf an materiellen Ressourcen durch örtliche Quellen und Direktbeziehungen gedeckt werden wird. Von welchem Standpunkt aus wir das Problem des sozialen und des Wohnungsbaus heute auch betrachten, bleibt die Festigung seiner materiellen Basis das Wichtigste, sagte der Berichterstatter.

Neben der Erweiterung des Umfangs des Baus von Wohnungen und kulturellen und sozialen Einrichtungen müssen wir zugleich die architektonische Gestaltung unserer Städte und Dörfer verändern, auf die Ausdruckslöslichkeit und Eintönigkeit der Bebauung verzichten und die Bauqualität entschieden erhöhen. Die Architektur der Objekte des Massenbaus muß individuelle Züge gewinnen, die die nationalen und regionalen Traditionen der Volksbaukunst und dekorativen Kunst betreffen. Die Projektierung von Städtebaukomplexen, besonders in den Gebieten, die geschichtlichen und architektonischen Wert haben, muß auf Wettbewerbsgrundlage erfolgen und der Öffentlichkeit zur Erörterung unterbreitet werden. Abschließend sagte der Berichterstatter:

Die Bewertung des Stands des Baus von Wohnungen, kulturellen und sozialen Objekten sowie die Beschlüsse, die diesbezüglich gefaßt werden sollen, werden es ermöglichen, den sozialen Bau auf ein höheres Niveau zu heben, erfolgreich die Vorhaben des zwölften Planjahr fünf zu erfüllen, ein festes Fundament für die Versorgung jeder sowjetischen Familie mit einem Haus oder einer Wohnung sowie eine entwickelte soziale Infrastruktur zu schaffen. (Beifall).

Auf dem Kurs der Vertiefung revolutionärer Umwandlungen

(Fortsetzung)

Die Deputierten äußerten während der Diskussion Vorschläge für Korrekturen zum Gesetzentwurf über die Kooperation. In diesem Zusammenhang wurden die ständigen Kommissionen vom Unionsowjet beauftragt, diese Vorschläge gemeinsam mit den

ständigen Kommissionen des Nationalitätensowjets und den Vertretern der Regierung der UdSSR zu prüfen und den Obersten Sowjet über die Ergebnisse zu informieren.

Darauf wurde die Sitzung des Unionsowjets für geschlossen erklärt.

Im Nationalitätensowjet

Am 25. Mai um 10 Uhr vormittags wurde im Sitzungssaal der Kamern des Obersten Sowjets der UdSSR die erste Sitzung des Nationalitätensowjets eröffnet.

Die Deputierten und Gäste begrüßten mit Beifall die Genossen W. P. Nikonov, W. M. Tschebrikow, E. A. Schewadnadse, J. D. Masljukow, D. T. Jasow, A. P. Birjukow und A. F. Dobyrynin.

In der Sitzung präsidierte der Vorsitzende des Nationalitätensowjets A. E. Vooz.

Die Sitzungsteilnehmer ehrten mit einer Schweigeminute das Andenken der Deputierten, die nach der achten Tagung verschieden waren. Ein entsprechender Beschluß wurde zum Bericht der Mandatskommission über die Überprüfung der Vollmachten der neu gewählten Deputierten gefaßt.

Es wurden Änderungen in der Zusammensetzung der ständigen Kommissionen der Kammer vor-

genommen. Zum Vorsitzenden der Kommission für Konsumgüter und Dienstleistungen wurde der Deputierte A. S. Kamal, Erster Sekretär des Gebietskomitees Gornel der Kommunistischen Partei Belorusslands gewählt, zum Vorsitzenden der Kommission für Gesundheitsschutz und Sozialfürsorge — der Deputierte E. Shakschekow, Vorsitzender des Kasachischen Republikergewerkschaftsrats. Die Deputierten G. G. Bartoschewitsch und S. K. Kamalidenow wurden ihrer Pflichten als Vorsitzende dieser Kommissionen entbunden.

Darauf begannen im Nationalitätensowjet die Diskussionen zum Bericht über die Rolle der Kooperation bei der Entwicklung der Ökonomie des Landes und über den Entwurf des Gesetzes über die Kooperation in der UdSSR.

Das Gesetz über die Kooperation wird zur machtvollen Triebkraft der rascheren Entwicklung der sozialistischen Ökonomie in ihrer Leninischen Auffassung wer-

den, sagte der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Belorussischen SSR Deputierte G. S. Tarasewitsch, der die Debatten eröffnete. Wir, sagte er, schaffen eine wirksame Schule der Selbstverwaltung und Demokratie, die unter den Verhältnissen der Umgestaltung unentbehrlich ist.

Der Deputierte billigte den Gesetzentwurf im allgemeinen und sagte, daß das Dokument trotz einiger Mängel aufweist. Er behandelte eine Reihe von Fragen, die zum Bereich der Beziehungen der sich entwickelnden Kooperation und der örtlichen Sowjets gehören.

Der Redner widerlegte die verschiedenen Argumente der, die aus Furcht vor „Divergenz“ in der Praxis der „Besteuerung“ der Basis besteht sind eine neue wichtige Sache zu zentralisieren und sie ihrer Beweglichkeit und ihres Schöpferstums zu berauben. Man darf weder vor den „Wirtschaftskern“ noch vor den „Breite“ Steuern erschrecken. Unbegreifbar sind auch die Befürchtungen, daß bei solch einem Vorgehen angeblich Haushaltsverluste möglich seien. Es ist viel leichter, einzelne Fehler operativ an der Basis zu beheben als einen im Maßstab des ganzen Landes begangenen Fehler zu korrigieren, sagte der Deputierte.

Der Gesetzentwurf über die Kooperation in der UdSSR entspricht dem Geist der Umgestaltung — das ist die Meinung der

Werktätigen des Kolchos „40 Jahre Oktober“ im Rayon Milnow, Gebiet Rowno. Sie wurde von der Tagungstribüne aus vom Kolchosvorsitzenden Deputierten G. I. Schegoda geäußert.

In den letzten Jahren haben sich auf dem Lande bedeutende Wandlungen vollzogen, eine grundlegende Wendung ist jedoch nicht eingetreten, meinte die Deputierte. Das, sagte sie, sehen wir, das sehen auch die Städter an den Verkaufstischen von Lebensmittelgeschäften. Ich bin der Ansicht, daß das Gesetz über die Kooperation beim Aufholen des Rückstands eine gewisse Rolle spielen muß. In vielen Fällen wird die Entwicklung des schöpferischen Organismus der Kooperation durch die kleinliche Reglementierung gehemmt. Es ist notwendig, dem Kolchosbauer tatsächlich zu vertrauen, seine Rechte nicht zu schmälern und seine Initiative zu fördern.

Nachdem die Deputierte verallgemeinernde Gedanken zur brennenden Frage geäußert hatte, brachte sie eine Reihe konkreter Vorschläge und Bemerkungen zum Gesetzentwurf und zur Kaderverankerung auf dem Land ein.

Neue Möglichkeiten bieten sich für die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung auf Grund der im Gesetzentwurf vorgesehenen These, daß die Arbeit in einer Genossenschaft ehrenvoll, angesehen ist und vom Staat größ-

möglich stimuliert wird, sagte der Deputierte I. I. Gladki, Vorsitzender des Staatlichen Komitees der UdSSR für Arbeit und soziale Fragen. Er unterstrich, daß das Staatliche Komitee der UdSSR für Arbeit und soziale Fragen schon jetzt Gleichheit in den Arbeits- und sozialen Beziehungen aller Kategorien der Werktätigen anstrebt unabhängig davon, in welchem Wirtschaftssektor sie arbeiten. Das Gesetz wird selbstverständlich zu einem wichtigen Faktor der wahren Entwicklung der Demokratie in den Wirtschaftsbeziehungen werden.

Im weiteren ging der Redner auf solch einen wichtigen Aspekt ein wie die Kaderkonkurrenz zwischen den staatlichen Betrieben und Genossenschaften. Man braucht keine Angst zu haben, daß sich mancherorts eine Kaderabwanderung aus den staatlichen Betrieben in den genossenschaftlichen Bereich andeutet, sagte er. Der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen den Genossenschaften und dem staatlichen Sektor wird es ermöglichen, weitgehend fortschrittliche Methoden der Wirtschaftsführung einzuleiten und die wirtschaftliche Rechnungsführung zu vertiefen.

Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der Armenischen SSR Deputierte G. M. Woskanjan sagte, daß besondere Aufmerksamkeit der Entwicklung der Kooperation auf dem Lande geschenkt wird, daß

künstlich entstandene Hindernisse beseitigt und Maßnahmen zur vollständigen Erschließung des Potentials der Sowchose und Kolchose getroffen werden.

Der Redner teilte mit, daß immer größere Bevölkerungsschichten in den Bereich der Heimgewerbe und der Erwerbung von Dienstleistungen einbezogen werden. Besonders wichtig ist das für Armenien, wo ein Arbeitskräfteüberschuß herrscht. Zugleich betonte der Redner, daß in der Republik die Möglichkeiten und Reserven für die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung noch nicht in vollem Maße genutzt werden. Unbedeutend bleibt ihr Anteil an der Deckung des steigenden Bedarfs der Bevölkerung an Waren und Dienstleistungen. Der Redner äußerte seine Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der zentralgeleiteten Betriebe, deren Möglichkeiten bei dieser Angelegenheit sehr günstig sind.

Die Volkssprache über den Gesetzentwurf hat in der Republik starkes und lebhaftes Interesse ausgelöst, sagte der Deputierte P. K. Lutschinski, Zweiter Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Tadshikistans. Ende des vergangenen Jahres bildete das Präsidium des Obersten Sowjets über 2000 Arbeitsgruppen aus Deputierten und Aktivisten. Sie besuchten die weit- und weiten Dörfer, sahen fast in jedem Haus vorbei. Das Ziel dieses Rundganges war, die Praxis

der Nutzung des Hofflandes kennenzulernen und Entwicklungsperspektiven des familiengebundenen und des Pachtvertrags sowie der Möglichkeiten für die Schaffung von Kooperativen zu ermitteln. Folgende Zahlen veranschaulichen die Ergebnisse dieser Arbeit: Ursprünglich war vorgesehen, nahezu 45 000 Menschen an gesellschaftlich nützlicher Arbeit teilnehmen zu lassen, es gelang aber, fast 115 000 Personen dafür zu gewinnen.

Ferner unterbreitete der Redner einige Vorschläge für die Bessergestaltung der Tätigkeit der genossenschaftlichen Bildung. Er schlug unter anderem vor, den Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen zu verbieten, beliebige Instruktionen ohne die Zustimmung des Ministerrates der UdSSR herauszubringen.

Bemerkenswert ist, daß das Gesetz über die Kooperation bereits vor seiner Annahme auf der Tagung in Kraft trat und für die Umgestaltung zu arbeiten begann, betonte in seinem Diskussionsbeitrag der Deputierte N. I. Pissar, Vorsitzender des Kolchos „Wajana noue“ im Rayon Ryskschany der Moldaule SSR.

Er verwies unter anderem darauf, daß das neue Gesetz die zwischenwirtschaftliche Kooperation fördert und ihr zusätzliche Ent-

Neunte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der elften Legislaturperiode Auf dem Kurs der Vertiefung revolutionärer Umwandlungen

(Schluß)

wicklungsmöglichkeiten bietet. Die Kooperative werden in jenen Zweigen geschaffen, die den Bedarf der Bevölkerung an Waren und Dienstleistungen nicht vollständig decken. Vielfach aber, so stellte der Redner fest, hängen die Einkünfte der Kooperative nicht von der Quantität und Qualität der Arbeit ab. Sie sind eher ein Beweis dafür, wie sie es fertigbrachten, auf Kosten des Staates und der Bürger bei weniger Aufwand mehr zu erhalten. Das trifft in erster Linie für die Aufkäufer von Fertigerzeugnissen und Rohstoffen zu. Nach Ansicht des Deputierten rief dazu auf, vor allem auf den befähigend-administrativen Stil der Leitung der Landwirtschaft zu verzichten. In der Republik werden energisch Maßnahmen zur Ausmerzung der Befehlsmethode ergriffen. Jeder neue Schritt bei der Umgestaltung fordert von jedem, unter Einsatz aller Kräfte zu arbeiten.

Die Hilfe der Genossenschaftler ist am meisten in den abgelegenen ländlichen Rayons gefragt. Darauf verwies die Deputierte S. Kasatowa, Sekretarin des Rayonpartei-Komitees At-Baschi, Kirgisische SSR. Leider werden solche Bedürfnisse wie Dienstleistungen, Renovierung und Bau von Wohnungen, woran vor allem die Einwohner der abgelegenen Siedlungen interessiert sind, einstellweilen noch schlecht befriedigt.

Die Rednerin teilte mit, daß es in der Republik heute über 200 Kooperative gibt. Die Möglichkeiten werden aber äußerst unzureichend realisiert. Am Beispiel ihres Gebiets Naryn zeigte die Deputierte auf, daß hier eine weitgehende Entwicklung der Kooperative für Verarbeitung von Schafzuchtzeugnissen, für Ledergerben und für das Nähen von Pelzmänteln möglich ist. Dies werde aber durch den akuten Mangel an Chemikalien und Farbstoffen behindert. Hierbei, sagte die Deputierte, rechnen wir sehr mit der Unterstützung der Betriebe der jeweiligen Zweige und des Staatlichen Agrar-Industrie-Komitees der UdSSR.

Die Wirkung des Gesetzes über die Kooperation wird in mancher Hinsicht den Charakter und das Tempo der Umgestaltung bestimmen, sagte der Deputierte H. T. Veldi, Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der Estnischen SSR. Er billigte das Dokument im großen und ganzen und ging auf eine Reihe seiner Artikel und Bestimmungen ein, die, wie der Redner annimmt, teilweise verändert und ergänzt werden müssen.

Von der Arbeitspraxis der Genossenschaften ausgehend, deren es in der Republik gegenwärtig rund 1 000 gibt, hob der Deputierte die große Bedeutung der Initiativen an der Basis für deren erfolgreiche Entwicklung hervor. Die Leninschen Prinzipien des genossenschaftlichen Bauwesens setzen den mobilsten Charakter, die Bereitschaft dieses Sektors der Ökonomie voraus, auf Änderungen des Marktbedarfs unverzüglich zu reagieren. In dieser Hinsicht, meint der Deputierte, steigt besonders die Rolle der örtlichen Macht-

organe bei der Leitung der Tätigkeit des genossenschaftlichen Sektors. Diese Bestimmung, so meint er, muß in der Steuerpolitik ihre Widerspiegelung finden. Große Aufmerksamkeit schenkte der Deputierte der Praxis der Unterbringung der staatlichen Aufträge im genossenschaftlichen Sektor. Er unterstrich, daß ein effektives System der Stimulierung solcher Aufträge durchgeführt werden sollte, das die Erfüllung geschaffener werden müssen.

Das Gesetz über die Kooperation hilft selbstverständlich, eine der kompliziertesten Aufgaben des globalen Problems der Erneuerung und Vervollkommnung des Sozialismus zu lösen, sagte der Deputierte E. J. Salajew, Präsident der Akademie der Wissenschaften der Aserbaidschanschen SSR.

Der Redner stellte fest, daß das eingehende Studium der Gesetzesbestimmungen davon zeugt, daß dieses Dokument nicht frei von Mängeln und Ungenauigkeiten ist. Besonders sei darauf aufmerksam gemacht, daß die verbindlichen, verwaltungsmäßigen und Direktivaufgaben, das zentralisierte System der materiell-technischen Versorgung, die strenge Reglementierung der Tätigkeit der Betriebe und Organisationen zu einem ersten Hindernis werden können.

Ferner ging der Präsident der Akademie auf Probleme der Einführung der Genossenschaftsbewegung im Bereich der Wissenschaft ein. Noch bevor wir zur Tagung

führen, kam es bei uns zu einer großen und eingehenden Aussprache mit den Wählern, Fachkräften und Werktätigen des Agrarbetriebs über Probleme, die wir momentan behandeln, sagte der Deputierte I. A. Demtschenko, Chefingenieur des Kolchos „Po Sawetam Iljitscha“ des Rayons Prigorodny in der Nordossetischen ASSR. Dabei äußerten sie alle die Überzeugung, daß das Gesetz über die Kooperation die Ökonomie der Kollektivwirtschaft noch stärker machen, den Menschen mehr Selbständigkeit gewähren und ein Impuls für hochproduktive Arbeit und die soziale Umwandlung des Dorfes sein wird.

Wir sind überzeugt, daß eine noch weitaus bessere Organisation erforderlich sein wird, bei der der subjektive Faktor voll zum Einsatz kommen wird. Unter direkter Mitwirkung der Kolchosbauern und Fachleute werden im Betrieb alle Abteilungen in der Tier- und Pflanzenproduktion auf den kollektiven Leistungsvertrag und den Pachtvertrag umgestellt. Die gleiche Arbeit wird auch in den übrigen Kolchos und Sowchoses Nordossetiens geleistet.

Zugleich ging der Deputierte auf Schwierigkeiten ein, die mit dem Problem der Regelung der gesetzgebenden Beziehungen in der Landverpachtung zusammenhängen. Die Deputierten äußerten während der Diskussion auch Vorschläge für die Korrekturen zum Gesetzentwurf über die Kooperation der UdSSR ihren Abschluß gefunden. In diesem Zusammenhang

beauftragte der Nationalitäten-sowjet die ständigen Kommissionen, diese Vorschläge gemeinsam mit den ständigen Kommissionen des Unionsowjets und Vertretern der Regierung der UdSSR zu prüfen und den Obersten Sowjet über die Ergebnisse zu informieren.

Darauf wurde die Sitzung des Nationalitätenowjets für geschlossen erklärt.

Um 15 Uhr begann im Großen Kremelpalast die zweite gemeinsame Sitzung des Unions- und des Nationalitätenowjets.

Mit Beifall begrüßten die Deputierten und Gäste die Genossen M. S. Gorbatschow, V. I. Worotnikow, A. A. Gromyko, L. N. Salkow, J. K. Ligatschow, W. P. Nikonow, N. I. Ryschkow, N. N. Sijunkow, M. S. Solomenzew, W. M. Tschebrikow, E. A. Schewardnadse, W. W. Schtscherbik, A. N. Jakowlew, P. N. Demitschew, W. I. Dolgich, J. D. Masljukow, G. P. Rasumowski, J. F. Solowjow, N. W. Talsyn, D. T. Jasow, O. D. Baklanow, A. P. Birjukowa, A. F. Dobrynin, A. I. Lukjanow, W. A. Medwedew, I. W. Kapitonow.

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des Unionsowjets J. N. Christoradnow eröffnet.

In den getrennten Sitzungen der Kammern, sagte er, hat die Diskussion des Gesetzentwurfs über die Kooperation der UdSSR ihren Abschluß gefunden. Die Deputierten äußerten in den

Debatten Korrekturen zum Gesetzentwurf. Die ständigen Kommissionen wurden beauftragt, diese Vorschläge zu prüfen.

Da die Kommissionen ihre Arbeit noch fortsetzen, wurde dem Vorschlag stattgegeben, an die Erörterung der nächsten Frage der Tagesordnung zu gehen und den Beschluß zum Gesetzentwurf über die Kooperation in der UdSSR nach der Beendigung der Arbeit der ständigen Kommissionen zu fassen.

Anschließend gingen die Deputierten zur Erörterung der Arbeit der Staats- und Wirtschaftsorgane bei der Realisierung des Programms für den Wohnungs-, den Kultur- und Sozialbau im Sinne der Beschlüsse des XXVII. Parteitag der KPdSU über. Den Bericht zu dieser Frage erstattete der Deputierte J. P. Batalin, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Baukomitees der UdSSR.

Das Kofereat der ständigen Kommissionen der Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR hielt der Vorsitzende der Kommission für kommunales Wohnungswesen des Nationalitätenowjets W. A. Gurski.

Darauf wurde die gemeinsame Sitzung des Unions- und des Nationalitätenowjets für geschlossen erklärt.

Am 26. Mai setzt die Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR ihre Arbeit fort.

(TASS)

beauftragte der Nationalitäten-sowjet die ständigen Kommissionen, diese Vorschläge gemeinsam mit den ständigen Kommissionen des Unionsowjets und Vertretern der Regierung der UdSSR zu prüfen und den Obersten Sowjet über die Ergebnisse zu informieren.

Darauf wurde die Sitzung des Nationalitätenowjets für geschlossen erklärt.

Um 15 Uhr begann im Großen Kremelpalast die zweite gemeinsame Sitzung des Unions- und des Nationalitätenowjets.

Mit Beifall begrüßten die Deputierten und Gäste die Genossen M. S. Gorbatschow, V. I. Worotnikow, A. A. Gromyko, L. N. Salkow, J. K. Ligatschow, W. P. Nikonow, N. I. Ryschkow, N. N. Sijunkow, M. S. Solomenzew, W. M. Tschebrikow, E. A. Schewardnadse, W. W. Schtscherbik, A. N. Jakowlew, P. N. Demitschew, W. I. Dolgich, J. D. Masljukow, G. P. Rasumowski, J. F. Solowjow, N. W. Talsyn, D. T. Jasow, O. D. Baklanow, A. P. Birjukowa, A. F. Dobrynin, A. I. Lukjanow, W. A. Medwedew, I. W. Kapitonow.

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des Unionsowjets J. N. Christoradnow eröffnet.

In den getrennten Sitzungen der Kammern, sagte er, hat die Diskussion des Gesetzentwurfs über die Kooperation der UdSSR ihren Abschluß gefunden. In diesem Zusammenhang

beauftragte der Nationalitäten-sowjet die ständigen Kommissionen, diese Vorschläge gemeinsam mit den ständigen Kommissionen des Unionsowjets und Vertretern der Regierung der UdSSR zu prüfen und den Obersten Sowjet über die Ergebnisse zu informieren.

Darauf wurde die Sitzung des Nationalitätenowjets für geschlossen erklärt.

Um 15 Uhr begann im Großen Kremelpalast die zweite gemeinsame Sitzung des Unions- und des Nationalitätenowjets.

Mit Beifall begrüßten die Deputierten und Gäste die Genossen M. S. Gorbatschow, V. I. Worotnikow, A. A. Gromyko, L. N. Salkow, J. K. Ligatschow, W. P. Nikonow, N. I. Ryschkow, N. N. Sijunkow, M. S. Solomenzew, W. M. Tschebrikow, E. A. Schewardnadse, W. W. Schtscherbik, A. N. Jakowlew, P. N. Demitschew, W. I. Dolgich, J. D. Masljukow, G. P. Rasumowski, J. F. Solowjow, N. W. Talsyn, D. T. Jasow, O. D. Baklanow, A. P. Birjukowa, A. F. Dobrynin, A. I. Lukjanow, W. A. Medwedew, I. W. Kapitonow.

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des Unionsowjets J. N. Christoradnow eröffnet.

In den getrennten Sitzungen der Kammern, sagte er, hat die Diskussion des Gesetzentwurfs über die Kooperation der UdSSR ihren Abschluß gefunden. In diesem Zusammenhang

PANORAMA

In den Bruderländern

Kinder und Straßenverkehr

SOFIA. Eine Massenkaktion, die die Sicherheit der Kinder als Verkehrsteilnehmer entschieden verbessern soll, hat in der bulgarischen Hauptstadt und in anderen Städten unseres Landes begonnen. Sie umfaßt nicht nur traditionelle Maßnahmen wie das Belbringen der Straßenverkehrsregeln den Kindern und die Verstärkung der Kontrolle des Kraftverkehrs, sondern auch die Schaffung künstlicher „Regler“ der Geschwindigkeit von Transportmitteln. Neulich faßte das Sekretariat des ZK der BKP diesbezüglich einen Sonderbeschluß, der einen engen Komplex von Maßnahmen zur Verstärkung des Kampfes um eine sichere Teilnahme der Kinder am Straßenverkehr vorsieht. Es ist geplant, das Erlernen der Straßenverkehrsregeln in Schulen zu aktivieren und die Zahl der Plätze zu erhöhen, wo die Kinder es in einer realen Atmosphäre lernen könnten, die Straßen und Kreuzungen richtig zu überqueren.

Auf der Bühne von „Fantasio“

BUKAREST. Als eines der besten Ballettkollektive Rumäniens gilt das Theater für modernes und klassisches Ballett „Fantasio“ in Constanta, das nun sein zehnjähriges Jubiläum begeht. Die Jugend ist nicht nur das Kennzeichen des Theaters selbst, sondern auch seiner Schauspieler. Das Durchschnittsalter der Truppe beträgt heute 18 bis 23 Jahre. Ungeachtet dessen hat das Theater in Constanta bald sowohl das breite Publikum als auch anspruchsvolle Kritiker von sich reden gemacht, die seine Arbeit hoch einschätzten.

Jugendorganisationen beraten

PRAG. Vor der jungen Generation der sozialistischen Länder steht die Aufgabe, gemeinsam mit den progressiven Kräften der ganzen Welt aktiv für die Verhinderung eines drohenden Atomkrieges, für die Festigung des allseitigen Friedens und der Sicherheit zu kämpfen. Das betonte der Generalsekretär des ZK der KPTsch, Milos Jakes, bei der Begrüßung der Leiter der Delegation, die an der Beratung der Vertreter der Jugendorganisationen aus zwölf Staaten der sozialistischen Gemeinschaft in Prag teilnimmt. Gleichzeitig ist besonders die Jugend aufgerufen, die Nutzung des gewaltigen materiellen und geistigen Potentials des Sozialismus zu forcieren.

Botschaft der internationalen Frauenliga

Wir wünschen von ganzem Herzen, daß das bevorstehende sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen zur weiteren Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA beiträgt. heißt es in der Botschaft der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow. „Als führende Repräsentanten zweier großer Nationen und der zwei größten

Militärmächte können sie und der USA-Präsident die Gefahr einer Nuklearkatastrophe abwenden sowie der Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und des Systems der allgemeinen Sicherheit Impulse verleihen“, wird im Schreiben betont.

Wir rufen sie auf, eine Frist für die Liquidierung aller Nuklearwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie für die drastische Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa zu vereinbaren.

Im Schreiben wird die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß das Treffen dazu beiträgt, gerechte politische Lösungen für viele gefährliche Regionalkonflikte zu finden. Das betrifft besonders die Lage im Nahen Osten, im Persischen Golf und im Süden Afrikas.

In wenigen Zeilen

WIEN. Ein weiteres Treffen von Vertretern der Warschauer Vertragsstaaten und der NATO fand in Wien im Rahmen der Konsultationen über die Ausarbeitung des Mandats für künftige Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und der konventionellen Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural in Wien statt.

ADDIS ABEBA. Eine Staatsdelegation der UdSSR unter Leitung von A. Rujeten, Stellvertreter des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, ist in Addis Abeba eingetroffen. Sie wird an Feierlichkeiten anläßlich des 25. Jahrestages der Organisation der Afrikanischen Einheit teilnehmen.

WASHINGTON. Die sowjetische Nachrichtensendung „Wremja“ wird während des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in Moskau von der USA-Kabelfernsehgesellschaft Discovery übertragen. Die Sendungen werden vom 29. Mai bis 2. Juni zwischen 21.00 und 22.00 Uhr Ortszeit mit englischer Simultanübersetzung ausgestrahlt.

Heute können 30 Millionen USA-Familien Discovery-Sendungen empfangen.

KABUL. In einer offiziellen Note des Außenministeriums der Republik Afghanistan, die an die UNO-Beobachtergruppe in Kabul überreicht wurde, wird auf die schlagartige Zunahme der Einfuhr von Waffen und Munition aus Pakistan in Afghanistan durch regierungsfeindliche Gruppen hingewiesen. Gleichzeitig werden ausländische Militärberater und Experten in Afghanistan gesetzwidrig eingeschleust, um den Extremisten bei der Beherrschung von Waffen zu helfen.

Einmischung in Afghanistan einstellen

erneut explodieren in Kabul Raketen. Eine Frau wurde getötet und die Schulfabrik „Bute akho“ beschädigt. Wer hat diesen barbarischen Akt verübt? Die sogenannten „Unversöhnlichen“, die beim Beschuß Kabuls die Politik der nationalen Auslösung, das „Genfer Paket“ im Visier haben.

Die Genfer Vereinbarungen und der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan schaffen alle erforderlichen Voraussetzungen für eine endgültige und gerechte Regelung des Afghanistan-Problems. Eine solche Regelung muß — wenn man ihre innenpolitischen Aspekte nimmt — auf der Grundlage der nationalen Auslösung erzielt werden. Kabul tritt konsequent für die Bildung einer Koalitionsregierung, sowie dafür ein, daß alle Schichten und Gruppen der afghanischen Bevölkerung aktiv an der Normalisierung des Lebens und der Festigung der Souveränität Afghanistans als eines neutralen, nicht-paktgebundenen Staates teilnehmen.

Der Weg zur nationalen Auslösung ist weit geöffnet, diesen Weg gehen bereits Tausende und aber Tausende von Afghanen, nicht aber diejenigen, die sich dem afghanischen Volk als uneingeschränkte Herrscher aufdrängen wollen. Für die Durchsetzung ihrer Ziele sind die „Unnachgiebigen“ alle Mittel gut, auch rohe Gewalt. Deshalb explodieren die aus Pakistan gebrachten und mit Dynamit vollgestopften LKWs in Kabul, deshalb zerstören Raketen Wohnviertel der afghanischen Hauptstadt.

Es entsteht die natürliche Frage: Hätten denn die Extremisten so handeln können, hätten sie keine Unterstützung von außen her erhalten? Natürlich nicht. Auf dem Territorium Pakistans bleiben nämlich Lager und Stützpunkte weiterhin bestehen, ein Strom von Waffen mit dem Stempel „Made in USA“ fließt dorthin. Die Extremisten werden auch mit propagandistischen Mitteln unterstützt, sie werden zu bewaffneten Aktionen und zu einem „Krieg bis zum Sieg“ ermuntert. Und wie sind die Erklärungen zu beurteilen, die aus Islamabad zu vernehmen sind, dort sei man bereit, eine Kabul entgegengezeichnete „provisorische Regierung“ anzuerkennen, die manche Extremisten hinter dem Rücken des afghanischen Volkes zusammensammern möchten?

Das Außenministerium Afghanistans hat in der UNO-Beobachter-

Tagung des EG-Ministerrats beendet

derselben interessierenden Gebieten anzubahnen.

Wie das Mitglied der EG-Kommission Willy de Clercq, der für Außen- und Handelspolitik zuständig ist, Journalisten mitteilte, haben die Minister Genugtuung darüber geäußert, daß heute auf dem Wege der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Organisationen alle Hindernisse beseitigt sind. Die Minister bekräftigten die Bereitschaft der EG, die gemeinsame Erklärung zu paraphrasieren, die die Herstellung offizieller Beziehungen zwischen dem RGW und der EG und die Anbahnung einer beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit vorsieht.

Ursprünglich war die Tagung für zwei Tage geplant. Doch schon der erste Arbeitstag hat gezeigt, daß es den Partnern wieder nicht gelingen wird, in Fra-

Wichtiger Schritt zur Festigung des Vertrauens

Eine sowjetische Expertengruppe unter Leitung von J. Nasarkin, Leiter der UdSSR-Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz, ist in Übereinstimmung mit einer Vereinbarung zwischen der UdSSR und Großbritannien in Porton Down (Grafschaft Wiltshire) eingetroffen. Die sowjetische Gruppe, zu der Vertreter des Ministeriums für chemische Industrie, des Verteidigungs- und des Außenministeriums der UdSSR gehören, wird das dort gelegene C-Waffen-Objekt besichtigen. Die Vereinbarung sieht auch die Besichtigung des sowjetischen C-Waffen-Objektes Slichany durch britische Experten vor.

Am ersten Tag wurden den sowjetischen Fachleuten individuelle Schutzmittel, Desinfizierungs-ausrüstungen, medizinische Mittel und Präparate für die erste Hilfe bei einer Schädigung des Personals durch C-Waffen gezeigt. Eine Einheit der britischen Armee führte den sowjetischen Experten und Presseleuten vor, wie diese Mittel praktisch angewandt werden, und zeigte ein C-Waffen-Alarmsystem.

„Unser Besuch in Porton Down hat erst begonnen, und jegliche Kommentare wären noch verfrüht“, sagte J. Nasarkin in einem Interview. „Die Tatsache selbst, daß die C-Waffen-Objekte in der UdSSR und Großbritannien in gegenseitig besichtigte werden, bedeutet aber einen wichtigen Schritt zur Festigung des Vertrauens, das für den Erfolg der gegenwärtigen Verhandlungen in Genf über den Abschluß einer Konvention über das vollständige und allgemeine Verbot und die Vernichtung von C-Waffen notwendig ist. Wir hoffen darauf, daß solche Maßnahmen den Verlauf der Verhandlungen beschleunigen und zu einer schnellstmöglichen Unterzeichnung der Konvention führen werden.“

Tagung des EG-Ministerrats beendet

gen übereinzukommen, die mit der Realisierung der Beschlüsse der Februartagung des Europarates der Gemeinschaften über den Komplex akuter Haushalts- und finanzieller Probleme verbunden sind.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der auf der Tagung den Vorsitz führte, sagte im Anschluß an die Tagung auf einer Pressekonferenz: „Es sei beschlossen worden, die mit der Bildung des EG-Strukturfonds verbundenen Fragen an Experten weiterzuleiten, um diese zu überprüfen. Diese Fragen sollen auf der nächsten Tagung des EG-Ministerrats erörtert werden, die am 13. — 14. Juni in Luxemburg stattfinden wird.“

Ungelöst bleibt auch die Fra-

Tagung des EG-Ministerrats beendet

ge nach dem Datum der im Juni 1989 falligen direkten Wahlen zum europäischen Parlament.

Im Rahmen der Tagung fand eine Sitzung des Komitees für Zusammenarbeit zwischen Israel und der EG statt, an der Israels Außenminister Shimon Peres teilnahm. Er wurde im Zusammenhang mit der Politik der Repressalien kritisiert, die Israel auf den okkupierten arabischen Territorien betreibt. Es wurde unterstrichen, daß eine Nahostregelung nur mit politischen Mitteln möglich ist. Die Leiter der Außenämter sprachen sich für die Einberufung einer internationalen Konferenz aus, auf der die Frage der Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes und des Rechtes der Gründung eines eigenen Staates an das palästinensische Volk gelöst werden soll.



Republik Afghanistan. Truppen des begrenzten Kontingents der sowjetischen Streitkräfte kehren in die Heimat zurück. Unser Bild: Das letzte Treffen im Gebiet Jalalabad. Foto: TASS

Man hat sie töten, doch ihren Geist nicht brechen können

„Kinder vom Arbat“ in der Aufführung des Omsker Staatlichen Akademischen Schauspielhauses, Träger des Ordens des Roten Arbeitsbanners.

Die Größe einer wirklichen Revolution kommt vor allem darin zum Ausdruck, welche Menschen sie hervorbringt. Dieser Gedanke wird im Roman „Kinder vom Arbat“ von Anatoli Rybakow von dem Bolschewiken Budjagin ausgesprochen, einem Vertreter der Leninschen Garde. Von der Erziehung des neuen Menschen, vom geistigen Erbe der Ideale des Oktober wurde in unserer Literatur auch früher schon gesprochen. Aber die „Kinder vom Arbat“ geben eine ganz eigenständige Antwort auf diese Frage.

Junges, fröhliches Leben in den Hinterhöfen des Arbat der Vorkriegszeit... Die jungen Menschen erfüllen die große Traum im Sinne Lenins zu leben und kellenfalls anders. Die Jugend hat ein geistiger Aufschwung ergriffen. Aber jedes Schicksal nahm seinen ganz eigenen Lauf. Der Roman ist nicht abgeschlossen. Beim Lesen der letzten Seiten kommt lediglich eine Ahnung auf, wie tief der Fall und wie groß das geistige Wachstum der Helden Rybakows sein werden. Jura Scharok steigt auf der Leiter nach oben, die eigentlich in einen Abgrund führt. Sascha Pankratow's Leben scheint sich nach der Beethoven'schen Formel „Durch Leid zur Freude“ zu gestalten. Ersterer schützt die Möglichkeiten auf zu einer Anwaltschaft kommt man nach der Hochschule und in die Hochschule — durch den Komsomol und nach dem Werk. Der Zweite wird Ingenieur, weil Ingenieure im Land gebraucht werden, Hauptanliegen ist für ihn, in den Reihen der Kämpfer für die revolutionäre Umgestaltung des Lebens nützlich zu sein. Verschiedene Vorstellungen über den Sinn des Daseins kommen so zum Ausdruck. Entgegengesetzte Persönlichkeiten werden vorgestellt. Die einen wurden zu kleinen Schräubchen in der Hölle, die die „Obrigkeit“ in Gang gesetzt hat. Die anderen gerieten zwischen die Mühlsteine. Sie, die Besseren kamen viel häufiger um.

Aber nur die Pankratows hatten die Kraft, den lebendigen Geist zu bewahren, sich die Leninschen Vorstellungen von den Zielen des menschlichen Seins durch alle Schwierigkeiten hinweg zu erhalten.

„Saschka, der Unbegabte“, so nannte Scharok ironisch Pankratow. Instinktiv reize ihn das Ideengut seines Altersgenossen vom Arbat. Wenn man aber die Ironie beiseitelässt? Da müßte sich der ehemalige Komsomolleiter auf dem Weg nach Sibirien eingestehen: „Diejenigen, die Menschen in die Verbannung schicken, sind auf dem falschen Weg, wenn sie denken, daß man so den Willen eines Menschen brechen kann. Man kann einem Menschen das Leben nehmen, aber man kann seinen Geist nicht brechen.“ In Verzweiflung und Schwermut sprach er diese Gedanken auf einem abgelegenen Friedhof aus, als er seinen zufälligen Weggefährten beerdigt, das erste Mal einen Menschen bestattet. Diese Gedanken waren die einzig mögliche Form des Protests.

Viele fanden den Tod. Aber es kehrten auch viele aus den unmenschlichen Bedingungen der Stalinschen Folterkammern und Lager zurück. Sie lebten weiter, vielleicht leise, aber doch rein und das Beste, was sie in sich bargen, gaben sie an ihre Kinder weiter. So blieben die Funken des Oktober in unserem Volk lebendig.

Wenn man über Pankratow, den Haupthelden Rybakows nachdenkt, so spannt man unwillkürlich einen Bogen bis in unsere Zeit, vergleicht ihn mit Menschen, die ihre Wahrheitsliebe, ihren Willen zu einem besseren Leben für alle in den Dienst der

Umgestaltung stellen. Das ist wohl der alles verbindende „rote Faden“, der Hauptgedanke der „Kinder vom Arbat“. Hat sich dieser Gedanke bei der Übertragung in die Sphäre der Schauspielkunst erhalten? Der Roman von Rybakow gehört zu den Werken, die der Flut von wahrheitsgetreuen literarischen Arbeiten über die Kataklysmen der Stalinszeit vorgegriffen haben. Schon dadurch sind die großen Leser bedingt. Der erste Versuch einer Inszenierung des Bühnenstücks nach dem Roman, den das bekannte Theaterkollektiv in Omsk unternahm, hat einen ebenso lebendigen Widerhall hervorgerufen. Die Inszenierung besorgte der Regisseur Felx Grigorjan. Die Premiere hatte im November vorigen Jahres stattgefunden. Das Thema und das Niveau der künstlerischen Darbietung sorgten dafür, daß die Vorstellungen ständig ausverkauft und die Aufmerksamkeit im Saal sehr groß waren.

Nach einem zweitägigen Szenarium von Sergej Kokowkin entwickelten sich auf der Bühne zwei Handlungslinien. Einerseits wird dynamisch der allmähliche Verlust jeglicher Moralkriterien des „generellen Führers“ gezeigt, andererseits das Scheitern des Lebensglückes eines jungen Menschen... Wie ein roter Faden durchzieht das Szenarium der Gedanke daran, daß das Glück am Fuße von Pyramiden der Macht, auf deren Spitze man sich an der eigenen Unanfektbarkeit berauscht, nicht existieren kann.

Die von Nikolai Epow ausgeführte Bühnenbildnerische Ausstattung der Inszenierung ist sehr interessant. Keinerlei besonderen Sichteffekte werden benötigt. Auf der Bühne befindet sich ein Baugerüst. Abgerundet wird die Komposition nur durch einige merkwürdige Requisiten — Gipsfiguren und -büsten, die ganz offensichtlich von einem pauschalen Herangehen und Talentlosigkeit zeugen. Sie werden auf die Bühne gebracht und von absolut gleichgültigen Menschen weggetragen. Sie sind im Bühnenbild ohne jegliche Logik verteilt. Man kann damit zum Beispiel die Regenrinne verschließen. Eine Unordnung, die über den gesunden Menschenverstand hinaus geht! Alles Vernünftige tritt in den Hintergrund. Im Vordergrund sind Ideen, Worte, die Größe des Führers.

Der Handlungsort ändert sich, neue Ereignisse kündigen sich an. Aber die unheilvolle Figur des unentwegt beobachtenden Menschen steht unbeweglich im Halbdunkel der Bühne. Dieses Symbol der totalen Bespitzelung und Beschattung ist immer in unmittelbarer Nähe der Kinder vom Arbat.

Stalin (dargestellt von J. Izkow) wird in dem Schauspiel als konkrete Person, mit einer genauen Charakteristik seines Äußeren gezeigt. Er ist gut zu erkennen, und doch ist der An-

blick ungewöhnlich. Absichtlich wurde die Monumentalität der Figur überzogen. Aber die psychologische Wahrheit geht dadurch nicht verloren. Eine andere Frage ist die Wiedergabe der inneren Welt des „Lenkers der Geschichte“. Launen, Grobheiten, Verdächtigungen... Wenn es nur dabei geblieben wäre.

„Braucht das ZK Leute, die eine eigene Meinung haben? Nein, das ZK braucht keine Leute, die eine eigene Meinung haben.“ Diese Worte erklingen von der Bühne in der für Stalin typischen Intonation. Und solche Thesen gab es viele. In dem Schauspiel wird die Selbstentlarung des Helden in den Mittelpunkt gestellt. Der Gipfel dieser Handlungslinie ist der abschließende Monolog an der Leninsbüste. Wir sehen Stalin eher „von innen“ (er denkt sozusagen laut und führt sich so auf, als ob er unbeobachtet wäre und sich nicht darum zu sorgen braucht, welchen Eindruck er auf seine Umgebung macht). Bei Rybakow ist das Doppelleben des Helden besser ersichtlich. Das „Paradösiert“ Stalins, das man auf Tribünen und in Sälen sehen konnte, als Stalin mit großer Meisterschaft den „Volksvater“ spielte, wird dem Leser anhand von Treffen mit ideologischen (wirklichen oder fiktiven) Gegnern demonstriert. Im Bühnenstück ist das Charakterbild von ihm weniger tiefgründig.

Stalin besaß die Fähigkeit, mit ungeheuerlichem Scharfsinn Intrigenspiele zu betreiben und durch Heuchelei falsche Hoffnungen zu erwecken, während das Schwert bereits über dem Opfer schwebte. Er konnte sehr zuvorkommend sein und seine Pläne bestens verbergen. Die unheilschweren Fälschungen dieser Jahre waren wohl nicht möglich gewesen, wenn ihr Initiator nicht selbst ein Genie des Bösen gewesen wäre. Das Thema der getarnten Verbrechen wurde kaum berührt.

Am Ende der Inszenierung des Omsker Theaters erscheint auf der Drehbühne ein gewaltiges, etwa 5m hohes steinernes Porträt von Stalin. Daneben ein Porträt von Kirow. Klein, vereinsamt verliert es sich gleichsam auf der Bühne. Die Menschen stehen abseits davon, dicht aneinandergedrängt, unterhalb der riesenhaften, undurchdringlichen Maske Stalins. In so gramvoller Weise endet die Aufführung.

Ja, in den dreißiger Jahren war es wirklich so. Die Hauptkräfte der Leninschen Garde saßen in den Strafanstalten des Despoten. Der XVII. Parteitag war zum Parteitag der Sieger erklärt worden, aber in Wirklichkeit war es der Parteitag der Erschossenen. Während des Schauspiel sah man auf einer Leinwand auf der Bühne Bilder aus Dokumentarfilmen. So wurde die Überzeugung gestärkt, daß die auf der Bühne dargestellten

Ereignisse der traurigen Realität voll und ganz entsprachen. Wir wissen heute, daß mehrere Millionen Menschen in der Periode des Personenkultes wegen falscher Verdächtigungen ihr Leben lassen mußten und daß sich über der blinden Einfalt der treuen Untertanen höhnend Verlogenheit erhob. Die Schmach dieser unangebrachten Ehrenbezeugungen für den „großen Führer“ störte das Volk bereits nicht mehr. Wir wissen noch mehr — nämlich, daß viele Laster dieser Jahre Eingang in unser gesellschaftliches Leben und Bewußtsein gefunden haben.

In dem Bühnenstück kam auch die Idee des Guten, das erkämpft werden muß, zum Ausdruck. Die Rolle der Mutter Sascha Pankratow's, Sofia Alexandrowna, spielt N. Wassiljadi mit großer innerer Anteilnahme. Die Oberzeugtheit der Schauspielerin von der Glaubwürdigkeit der dargestellten Ereignisse findet in jedem ihrer Worte Ausdruck und verstärkt die Atmosphäre der Wahrheitstreue. Sascha Pankratow selbst, von A. Jazenkowski gespielt, erweckt den Eindruck einer noch nicht ausgeföhnten Persönlichkeit. Dem Zuschauer fällt es schwer, sich seine zukünftige Entwicklung vorzustellen. Die Schwankungen zwischen pathetischer Zustimmung und dem Hang zur Negation zeugen in erster Linie von jugendlichem Maximalismus und weniger von der Einseitigkeit seiner weltanschaulichen Überzeugungen.

Der Bursche mit dem typischen Bürstenschneid, den wir auf der Bühne erleben, zeigt sich unbeeindruckt von den Handgreiflichkeiten des Untersuchungsrichters Djakow (dieser Vorfall gibt es in Rybakows Roman nicht). Ein solches Detail widerspricht der inneren Logik dieser Gestalt, macht sie noch widersprüchlicher. Letztlich entsteht das Gefühl, daß die vorgeführten Handlungen nicht dem Ideengehalt der Gestalt entsprechen. Der Schauspieler hat es schwer, glaubhaft zu wirken. Der Pankratow, den uns Jazenkowski vorführt, ist eher ein gewöhnliches Opfer der Willkür, als eine Persönlichkeit, die sich unter den schwierigen Bedingungen dennoch entfalten kann.

Da der ideale Gehalt der zentralen positiven Figur fehlt, bleibt der Zuschauer mit seinen Fragen über die Kräfteverhältnisse zwischen Gut und Böse auf sich allein gestellt. Wir denken gegenwärtig viel über die Möglichkeiten einer Konfrontation, über Varianten einer Vereinigung der in Bewegung geratenen Kräfte nach. Deshalb prüfen wir nicht nur die Gegenwart, sondern wenden uns auch unserer Vergangenheit zu, die wie nirgends sonst, durch einen nie dagewesenen Aufschwung des menschlichen Geistes und einen ungeheuren Schmerzreichtum gekennzeichnet ist. Wir müssen unsere geglätteten Doppelgänger und Widersacher unter denen suchen, die diese Zeit erlebt haben. Wir müssen ganz genau wissen, wer wir sind und woher wir kommen. Heute ist klarer denn je, daß die These „Unser aller Anfang ist der Oktober“ wenig besagt. Die Strömungen, die uns umgeben, sind von ganz verschiedener Natur. Wir verfügen über ein reiches Erbe, das aber nicht nur Gutes enthält. Das Stück des Omsker Schauspielhauses hat unsere Aufmerksamkeit nochmals darauf gelenkt. Deshalb ist es auch als Akt der politischen Anprangerung des Stalinismus von großer Bedeutung. Auf die Fragen, die der Zuschauer nicht beantworten konnte, wird das Leben selbst, wird unsere Umgestaltung antworten.

Berta WOST
Unser Bild: Szene aus der Aufführung „Kinder vom Arbat“.
Foto: Jürgen Witte



Sehr beliebt bei den Bohr-, Erdöl- und Bauarbeitern des Gebiets Gurjew ist die bei der Vereinigung „Tengisneftegas“ gebildete Rock-Gruppe „Rhythmen vom Tengis“. Sie ist häufiger Gast der ungarischen Bauarbeiter, die hier die erste Fließstraße des Erdgasverarbeitungswerks errichten.
Unser Bild: Die Rock-Gruppe „Rhythmen vom Tengis“ tritt mit ihrem neuen Programm in der Siedlung der ungarischen Bauarbeiter auf.
Foto: KasTAG

An der Schwelle des großen Lebens

Auf der Anklagebank sitzen vier Burschen; drei davon sind Minderjährige. Ich beobachte vom Gerichtstisch aus die sich zusammengekauerten Figuren und überlege, was sie zum Verbrechen bewegen konnte. Die Dokumente dieser Strafsache machen zwei Bände aus.

Erregt und stotternd berichten die Angeklagten einer nach dem anderen über alle Episoden der Straftat. Wladimir Tanasoglo arbeitete als Traktorist. Eines Tages hielten die Mitarbeiter der Staatlichen Kraftverkehrsinspektion ihn wegen des Steuervorsatzes in trunkenem Zustand an und entzogen ihm den Führerschein. Er schaffte sich einen gefälschten an und arbeitete, die Kontrolllosigkeit seitens des Mechanikers und Dispatchers nutzend, weiter mit seinem Traktor, bis er zum zweitenmal angehalten wurde. Erst nach diesem Vorfall wurde er als Schlosser eingestellt.

Im Sommer vorigen Jahres kamen bekannte Burschen mit einem Shiguli zu Wladimir Tanasoglo und luden ihn zu einer Gasfahrt nach Alma-Ata ein. Daß der Shiguli gestohlen war, begriff er, als sie schon bei Balchach waren. Im Gebiet Alma-Ata wurden sie von Milizmitarbeitern angehalten. Sein Kumpan — der 22jährige Igor Marmajew, Schlosser im Autoreparaturwerk, bekannte sich bei der an ihn erhobenen Anklage teilweise für schuldig und sagte aus, daß der Autodiebstahl von den Minderjährigen Eduard Braier und Jerken Djusembajew begangen worden war. Diese Jungs entführten auch schon früher Personentransportwagen, fuhren mit ihnen in der Stadt herum und demontierten sie dann in den Waldanpflanzungen bei Makeduk: Räder, Akkumulatoren und andere Teile wurden abgebaut, das Gestohlene wurde in der Garage von Abchat Saffulow versteckt und später verkauft. Der 20jährige Abchat Saffulow, Bergarbeiter in der Grube „Stachanowskaja“, war wegen Diebstahls verurteilt. Damals verurteilte ihn das Gericht zu 2,5 Jahren Freiheitsstrafe mit Strafaufschub. Ehe aber die Bewährungsfrist abgelaufen war, beging Abchat schon ein weiteres Verbrechen.

Die Jugendlichen verstehen das Reifealter nicht selten auf eigene Art. Erwachsene sind bedeutet für sie — rauchen, Alkohol genießen und ihre „Tapferkeit“ durch Verstöße gegen allgemein gültige Verhaltensnormen zu demonstrieren. Die Eltern behaupteten auf dem Gericht, daß ihre Söhne brave Kinder waren, und daß sie für sie mit nichts gelizten. Das Gericht bekam aber nicht zu hören, wie diese Kinder zum Verantwortungsbewußtsein erzogen wurden. Der Vater von Jerken, ein Fahrer von Beruf, war oft auf Dienstreisen fort und sah seinen Sohn nicht allzuoft.

Eduards Mutter charakterisierte ihren Sohn als einen geselligen Jungen, der gut lernte und Sport trieb. Doch auf die Frage des Gerichts, wer die Freunde ihres Sohnes seien, zuckte sie die Achseln: „Das weiß ich nicht.“ In der letzten Zeit vernachlässigte er das Sporttreiben und schwänzte auch den Unterricht in der Berufsschule. Auch Wassja Saffronow wuchs in einer normalen Familie auf.

Die Eltern Braier und Saffronow besaßen eigene PKWs. Gemäß dem Prinzip, ihr Kind solle es nicht schlechter haben als andere, kauften die Eltern ihren Sprößlingen modische Kleidung, teure Tonbandgeräte und erzogen sie so zu Egoisten.

Noch ein Problem leuchtete der Gerichtsprozeß aus, das mit der Freizeit der Jugend verbunden ist. Fünf der sechs Angeklagten leben im gleichen Wohngebiet „Wostok 1“ in benachbarten Häusern. Doch Sportplätze, einen Hofklub, in dem die Kinder Zirkel besuchen könnten, gibt es dort nicht. Die Unfähigkeit, sich eine Beschäftigung zu finden sowie die Langeweile führten zum Zusammenschluß der Minderjährigen nach Höfen bzw. Treppenaufgängen und treibt sie zu Verkaufsstellen, die mit Alkohol handeln. Sie fehlte ein Mensch an ihrer Seite, der sie für eine interessante Sache gewonnen hätte. Sie hatten großes Interesse für Technik, nur realisierten sie es äußerst eigenartig.

In unserem Lande hat die Kriminalität der Jugendlichen keine sozialen Wurzeln. Sie sind materiell versorgt. Schwierigkeiten mit Arbeitsvermittlung kennen sie nicht. Der staatliche Ankläger, Staatsanwalt des Leninbezirks, Justizrat W. Kuprjaschin sagte bei der Gerichtsverhandlung: „Für die Erziehung der heranwachsenden Generation zu sorgen, den Minderjährigen Verantwortung für ihr Verhalten beizubringen, würdige Mitglieder unserer sozialistischen Gesellschaft zu erziehen sind Verfassungspflicht und Ehrenrecht der Eltern. Im gegebenen Fall waren die Eltern nicht auf der Höhe.“

Das Strafurteil wurde gefällt. Ein strenges Urteil. Verdutzt und vergrämt sehen die Eltern aus: Das Unglück kam für sie ganz unerwartet. Schmerzlich ist das Gerichtsurteil: Es ist nicht nur eine Einschätzung des Verhaltens ihrer Söhne, sondern zugleich auch der langjährigen Erziehungstätigkeit der Eltern. Was wird aus diesen fünf nach der Rückkehr aus der Haftanstalt? Werden sie sich dann vor einem neuen Fehltritt hüten? Das hängt jetzt von ihnen selbst ab.

Sergej MALIKOW,
Volksbeisitzer
Kamranda

Premiere, Premiere...

Unter großem Beifall hatte das Musical „Cats“ in der Aufführung des österreichischen Theaters an der Wien im Moskauer Operettentheater in der sowjetischen Hauptstadt Premiere. Bereits während der Vorstellung vor überfülltem Haus kam es mehrmals zu Ovationen der Zuschauer, die am Ende der Aufführung in brandenden Beifall mündeten.

Kulturmosaik

„Wir haben mit großer Freude die Einladung in die UdSSR angenommen“, sagte Gillian Lynne, Choreographin des Musicals, Journalisten. Sie verließ auf die gute Organisation des Gastspiels. „Wir haben gute Bedingungen und einen hervorragenden Saal vorgefunden, der höchsten Anforderungen entspricht. Der Erfolg der Aufführung läßt uns auch auf eine Einladung nach Leningrad hoffen“, sagte sie. (TASS)

Gastspiele eröffnet

Der Sommer ist die Zeit des Bekanntwerdens mit neuen Theaterkollektiven. Diesmal gastiert in Taldy-Kurgan das russische Gebietstheater aus Fergana. Die Künstler aus Usbekistan haben auf ihrem Spielplan viele interessante Aufführungen, die verschiedene wichtige Probleme des zeitgenössischen Lebens behandeln, darunter das Drama „Katerwochen in der Schweiz“, des georgischen Dramatikers N. Topuridse, das Stück „Teure Jelena Sergejewna“ von W. Rasumowskaja und andere.

Über Lieder von Okudshawa

Im Kulturpalast der Hüttenwerker von Dsheskasgan fand die fällige Sitzung der Teilnehmer des Klubs „Parus“ statt, die dem Schaffen des bekannten Dichters und Schriftstellers, eines der populärsten Liedermacher Bulat Okudshawa gewidmet war. W. Mogilnitski berichtete über seine Unterhaltung mit dem Dichter, analysierte einige seiner bekanntesten Lieder.

Ein Studentenfestival

Diese Festveranstaltung hat einmal mehr vor Augen geführt, daß es in den Hochschulen von Ksyl-Orda sehr viele begabte Studenten gibt, die ihre Freizeit mit viel Interesse dem Latein-kunstschaffen widmen und mit Begeisterung an Konzerten teilnehmen.

Den ersten Platz belegten die künftigen Lehrer — die Studenten der örtlichen Pädagogischen Fachschule, ihnen folgten die Lateinkünstler der Pädagogischen Hochschule und des Technikums-Sowchos. Daher nimmt es auch nicht wunder, daß die künftigen Lehrer den Sieg aus diesem Wettkampf davongetragen haben. Die Fertigkeiten, die sie dabei erwerben, werden ihnen in ihrer künftigen Tätigkeit sehr zu-statten kommen.

Wir hören Musik

Die Pädagogen und Schüler der 1. Musikschule von Sempalatinok organisieren für die Kinder des Gebietszentrums Vortragskonzerte, die ihnen den Weg in die Musikwelt eröffnen. Die Vortragskonzerte finden jeden Sonntag im Zuschauerraum des Abak-Theaters statt.

Die jüngste Sitzung des Klubs junger Musikfreunde war dem Thema „Die Welt und die Völkerfreundschaft“ gewidmet. Die Hörer machten sich mit dem Nationalkolorit russischer, kasachischer, ukrainischer und anderer Volksinstrumente bekannt.

Redakteur K. W. EHRlich

Zum Schmunzeln, Lachen und... Nachdenken

Die Katz hot'n gresse

Des kennr glaawe odr net. Gpasert war des in der zwanzig- r Jahr. Bei uns im Dorf hatte mir n altr Patr. Wie alt daß r war, wust kaanr net, aach wusst kaanr net, wieviel Laif daß r schun blouge hat. Und's hätt'n jo warscheinlich aach so weitr geklappt, wenn net die Sowjetregierung komme war.

S hot immr weniger Laif gewe, die zu an Gott glaabt hun. Die Komsomolze hun sich net mehr geklopere losse, anre hun ihre Kinnr net gtaaft, dr Profil is immr weniger worn, un wossr weitr ufange sollt, wußtr net. Selwrscht hotr jo an Gott net glaabt, odr daß alle anre annen glaawe sollte, war sel Schuld und Flicht — war sei Existenz.

Tog un Nacht hot dr Patr kaa Ruh gfunne — s muß wos gmacht wern. Owr wos? Er hat schun gheert, daß ghehrte Paters mit chemische Mittl — n heilige Geist komme lasse... Wu solltr owr chemische Mittl in so e klaans arms Dörffe hergrlie? Dann hatr sich wos aninsr ausgedenkt. Un deswege hotr korz vor We'nachte n Schulmaastr rufe losse. Des war schun n alte dummr Mann, außr Schnapstringe hot n nix mehr gfrailt, owr gdielt hotr ehrlich.

„Können Sie eine weiße Taube fangen?“ hotr gfragt. „Ich schick mein'n Jung...“ Owr dr Patr hotn unbroche. „Nicht ihr Junge, altr Dummkopf, sondern Sie selbst, persönlich sollen Sie das machen...“ hotn dr Patr boule. Dr Schulmaastr hotn Patr vrmuunt ogguckt. Solltr woll als altr Mann uss Dach romkrawe, wie un Taue fange? „Niemand darf davon etwas erfahren, sogar ihre Frau nicht, verstanden?“ „Verstande, verstande, wenns sel muß, fang ich se selwr...“ „Wenn es dunkel wird, bringen Sie die Taube auf den Kirchdachboden und blinden Sie

len andere retten, du rette deinen Körper. Iß und trink, so gut du kannst, vertreib die Zeit mit schönen Frauen — das Leben ist uns nur einmal gegeben. Jenseits gibt es nichts!“

Dann hotn dr Patr e Gläbje Wei eigeschenkt, mehr hotn net gewe. Der wußt, daßr kaa Moob net hat, un wenn se btrinkt, dann kennr alls vrwern.

Wie dunkl is worn, hotr sich uf die Socke gmacht, um e weiße Taub zu fange. Sel Fraa hot mitzuguckt un hot gdenkt, daß dr alte Mann schun ganz vrriekt war. Gfrocht hotse owr doch, wosr mit re Taub mache wollt. „Wie'r inne war worn, daß s sel Fraa bmerkt hat, hotr alls vrzählt. „Ihr Jesuwitte, ihr werid von liewe Gott vrflucht!“ hotse gkrische. „Ewig werd'r in die Hell brenne!“ Owr wise weis is worn, warum des gmacht werd, hotse sich gewe.

Nochdem, wie die Taub ufn Platz war, muß sich dr Schulmaastr hielege, ausruhe, un selwrscht is se in die Kerch gange un hot die nötige Befehle gewe, un die Kerch zu Oustrmess vorzubereite. Aach hatte sich irwzweil, daß die Taub ufn Platz war.

Unsere Anschrift:
Kazachskaja SSSR,
480044, Alma-Ata,
ul. M. Gorkogo, 50, 4-й этаж

Telefone: Vorzimmer des Redakteurs — 33-42-69; stellvertretende Redakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77; Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Maschinenschreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414
Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом
Объем 2 печатных листа
M 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
УГО138 Закал 11964